



Schlupfloch

S. 3

Disziplin durch Selbstbindung: CDU und FDP wollen die „Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ aus der Verfassung nehmen und so die Schuldenaufnahme der öffentlichen Hand erschweren.

Rätsel

S. 6

Noch keine Erklärung für die Funde von Genreis. Während die Ermittlungen laufen, wurde die beanstandete Ware mit Spuren einer nicht zugelassenen Reissorte aus den USA sofort aus den Regalen genommen.

Ladenschluss

S. 23

Noch vor Weihnachten sollen die Ladenöffnungszeiten weiter freigegeben werden. Die Koalition drängt, die Opposition bremst, die Gewerkschaften warnen. Unterschiedliche Meinungen in einer Mammut-Anhörung.

Wohltat

S. 27

Balsam für Seele und wunde Beine: Der FCL holte seinen ersten Sieg dieses Jahres im westfälischen Hamm. Er gewann in einem sehenswerten Spiel verdient gegen eine heimische Prominentenmannschaft.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen erinnert in einem Festakt an seine Anfänge, blickt zusammen mit vielen Ehrengästen zurück und schaut nach vorne. Das geschieht mit der gebotenen Dankbarkeit, aber auch mit ein wenig Stolz und großer Zuversicht. Die immensen Leistungen des demokratischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus waren ohne die Menschen nicht möglich, die sich engagiert haben – überall an ihren Arbeitsplätzen und nicht zuletzt im Parlament. Hier haben bisher 1.500 Frauen und Männer der Demokratie gedient. Vorbild will der Landtag sein mit seinem neuen Stipendienprogramm, das er in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Heine-Universität für junge Nachwuchswissenschaftler aus Mittel- und Osteuropa aufgelegt hat und finanziert.

Montage: Schälte

NRW im Wandel

Die Reihen der Zeitzeugen lichten sich, die Erinnerung an die Zeit nach dem Krieg verblasst. Aber ohne das Wissen darüber, wie alles angefangen hat und ohne Bewusstsein unserer Wurzeln lassen sich Gegenwart und Zukunft nicht gestalten. Darum unternimmt „Landtag intern“ im Sonderheft in der Heftmitte den Versuch, den Bogen von der Vergangenheit in die Zukunft unseres Landes zu schlagen. Zwei frühere landespolitische Korrespondenten wagen den Rückblick und versuchen einen Ausblick. Stationen der bewegten Landesgeschichte runden das Bild ab. Seit 60 Jahren gehört der Wandel zu den Antriebskräften unseres Landes, sagt die Landtagspräsidentin und nennt die drei großen nordrhein-westfälischen Stärken: Freiheit, Vielfalt, Verantwortung (Seiten 7 bis 22).

Landtag NRW

Inhalt

Inhalt/Kommentar	2
Koalition will Schuldenbremse ziehen	3
<i>Opposition gegen geforderte Verfassungsänderung: „Großer Fehler“</i>	
In die Mitte der Gesellschaft aufnehmen	4
<i>Koalition lehnt eigenes Landesgesetz ab: Erst Erfahrungen auswerten</i>	
Ein Gütesiegel für die Schule	5
<i>Qualität der individuellen Förderung soll ausgezeichnet werden</i>	
Auf der Suche nach der Quelle	6
<i>Landtag debattiert über Funde von gentechnisch verändertem Reis</i>	
Streit über Kindergartenbeiträge	6
<i>Grüne wollen für Eltern Steigerung gestoppt wissen</i>	
Sonderausgabe zum Landtagsjubiläum	7-22
Gewählt und nicht erwählt	8
<i>Vorwort der Präsidentin</i>	
Zwischen gestern und morgen	9-11
Eine kleine Zeitreise	12-13
<i>Geschichte in Bildern</i>	
Die Mühen haben sich gelohnt	14
Wie Katz' und Hund	15-16
Das „Höllengeheiß“ wurde nicht entfacht	17
Wir in Nordrhein-Westfalen	18
Die Zukunft im Blick	19-21
Königsweg für „König Kunde“?	23
<i>Anhörung zur geplanten Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	24
Jura auf dem Weg nach Bologna	25
<i>NRW-Initiative zur Umstellung des Studiums auf Bachelor und Master</i>	
Aus den Fraktionen	26
Porträt der Woche: Hendrik Wüst (CDU)	27
FCL: Na also, geht doch!	27
Impressum	27
Geburtstage und Personalien	28

Nordrhein-Westfalen und die Welt

Nordrhein-Westfalen ist 60 Jahre alt. Ein junges Land also mit einer kurzen Geschichte? Irrtum! Der Name NRW mag neu sein, aber die Region hat in 21 Jahrhunderten mehr als einmal die Welt bewegt.

Kurz nach Christi Geburt verhinderte im Teutoburger Wald ein Cherusker, dass Germanien restlos römisch wurde. 800 Jahre später wurde unter Karl dem Großen mit seiner Residenz in Aachen ansatzweise so etwas wie eine deutsche Nation sichtbar. Später kam der Westfälische Frieden von Münster, der ein europäischer Vertrag war. In Bonn wurde das Grundgesetz für die Bundesrepublik ausgearbeitet. Mit dabei der „Alte aus Rhöndorf“, Konrad Adenauer, der erste Kanzler der Bundesrepublik aus Nordrhein-Westfalen.

Von geistigen Leistungen aus der Region ganz zu schweigen. Wer kennt nicht die anrührenden Lieder eines Grafen von Spee und seinen Kampf gegen die Verirrung der Hexenprozesse. Peter Paul Rubens hat die ersten Jahre nach seiner Geburt in Siegen verbracht. Heinrich Heine, der im französischen Exil gestorbene Patriot, wurde in Düsseldorf geboren. Bonn war die Heimatstadt Beethovens. Der Entdecker der Röntgenstrahlung stammt aus Remscheid.

MITEINANDER

All das schwingt mit, wenn es um Nordrhein-Westfalen geht. Und um das Miteinander seiner Menschen, der (alphabetisch geordnet) Lipper, Rheinländer und Westfalen. „Es ist furchtbar, aber es geht“, meinen die Kabarettisten. Was ist daran furchtbar, dass der Westfale hält, was der Rheinländer verspricht? Und dass nebenbei der sparsame Lipper den Draht erfindet, weil er jeden Pfennig, bevor er ihn ausgibt, so lange zwischen den Fingern dreht?

Schauen wir in den Spiegel: Das Kleid NRW passt uns doch perfekt. Den Schnittmusterbogen haben die Briten geliefert. Die Politiker im Landtag haben daraus in sechs Jahrzehnten ein Gewand geschneidert. Das saß nach dem Krieg wie angegossen, warf höchstens ein paar Falten und war von schlanker Silhouette. Dann kam das Wirtschaftswunder und die Nähte mussten herausgelassen werden. Jetzt sind, nachdem wir nicht mehr so aus dem Vollen schöpfen können, wieder ein paar Abnäher angesagt. Aber Stoff und Muster sind frisch wie ehemals: Demokratie ist keine Modeerscheinung, sondern ein Dauerzustand, um den man zu ringen hat und den es zu bewahren gilt. JK

Koalition will Schuldenbremse ziehen

Opposition gegen geforderte Verfassungsänderung: „Großer Fehler“

„Wider den Staatsbankrott – Streichung des kreditverfassungsrechtlichen Ausnahmetatbestands der ‚Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts‘“ so lautet der Titel eines Antrags von CDU und FDP (Drs. 14/2578), der im Landtag diskutiert wurde. Die Ende der 60er Jahre eingeführte Regelung habe dazu geführt, dass die Kreditaufnahme des Landes NRW seit Mitte der 70er Jahre stetig und unabhängig von der jeweiligen Konjunkturlage angestiegen sei. Um der Verantwortung für die kommenden Generationen gerecht zu werden und die Staatsverschuldung langfristig wieder abzubauen, fordert die Koalition eine Grundgesetzänderung. Die Landesregierung solle dafür einen entsprechenden Antrag in den Bundesrat einbringen. Die Opposition nannte den Antrag kurzfristig. Die weitere Beratung des Antrags erfolgt in den Fachausschüssen.

Helmut Stahl, CDU-Fraktionsvorsitzender, warb für den Antrag: „Die Tür für zusätzliche Verschuldungen in Bund und Ländern muss geschlossen werden.“ Man könne nicht heute bereits etwas verteilen, was die nachfolgenden Generationen erst noch erarbeiten müssen. „Das ist mit Sicherheit unsozial im schlimmsten Sinne“, so Stahl. Der Versuch, mit Schulden Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, sei ein Teil der Ursache von Arbeitslosigkeit. „Weil das so ist, gehört die vermeintlich keynesianische Theorie, die es im Kern nie war, in das Lexikon der schlimmsten Irrtümer der politischen Geschichte in unserem Land.“ Daher müsse NRW eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen, um diesen Ausnahmetatbestand aus dem Grundgesetz zu streichen.

Angela Freimuth (FDP) stimmte ihrem Vorredner zu: Die Streichung der 1969 im Rahmen der



Helmut Stahl (CDU)



Angela Freimuth (FDP)

Haushaltsreform vorgenommene Neufassung des Artikel 115 Grundgesetz bezeichnete sie als „sauberste und klarste Regelung“. Freimuth: „Denn dieser Zusatz ist nicht nur wegen seiner Unbestimmtheit problematisch, sondern insbesondere deshalb, weil er eine Kreditaufnahme in unbegrenzter Höhe zu rechtfertigen scheint und lediglich auf eine Prognose abzielt, die im Nachhinein einer Überprüfung an der Realität faktisch entzogen ist.“ Jeder Privatmann, der einen Kredit aufnehmen wolle, müsse klar und plausibel darlegen, wann und wie er diesen zurückzahlt. „Für den öffentlichen Haushalt darf es an der Stelle keine Ausnahme geben.“ Nur so könne man der Generationengerechtigkeit zum Sieg verhelfen.

Anke Brunn (SPD) nannte es „blühenden Unsinn“, wenn in Bezug auf Deutschland ständig das Wort vom Staatsbankrott im Mund geführt werde. „Meinen Sie, wir wären Argentinien?“ Weiter warf sie CDU und FDP vor, mit dem Antrag Bund und Ländern im Falle der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts „jede haushaltspolitische Handlungsmöglichkeit über zusätzliche Kreditaufnahme“ zu nehmen. Es sei ein „großer politischer Fehler“, wenn das größte Bundesland angesichts der notwendigen Neuordnung der Finanzbeziehungen der föderalen Finanzverfassung „zur Zeit isoliert“ mit einer solchen „politischen Hauruck-Position“ auftrete. Schwarz-Gelb wolle im Grundgesetz herumstreichen, ohne konstruktive Alternativen zu der bisherigen Regelung aufzuzeigen.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) warf der Koalition vor, sie wolle mit dem Antrag nur von der „eigenen Unfähigkeit“ im Bereich der Haushalts- und Finanzpolitik ablenken. Alle Daten sprächen gegen die jetzige Regierung. „Neoliberales Gerede und Handeln à la FDP gepaart mit rücksichtsloser Klientelpolitik der CDU“ bringe das Land nicht weiter. „Im Gegensatz zu Ihnen sehen wir tatsächlich eine Verantwortung des Staates, im Rahmen der vorhan-



Anke Brunn (SPD)



Rüdiger Sagel (GRÜNE)

Finanzminister
Dr. Helmut Linssen (CDU)

Fotos: Schälte

denen Möglichkeiten in das Marktgeschehen einzugreifen, wenn das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht nicht mehr besteht.“ Der Staat müsse sehr wohl die Rahmenbedingungen für ein stabiles Preisniveau, einen hohen Beschäftigungsstand, ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht und eine angemessene wirtschaftliche Entwicklung schaffen.

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) bezeichnete den Antrag als guten Weg, um die Nettoneuverschuldung und die Verschuldung insgesamt zu begrenzen. Die verfassungsrechtliche Ausnahmeregelung stelle eine Verlockung dar, „in Zeiten, in denen es schwierig ist, das Geld flott auszugeben“. Dabei müsse endlich das Bewusstsein einziehen: „Du kannst auf Dauer nicht mehr Geld ausgeben, als du einnimmst.“ Rot-Grün hingegen habe das Geld auch in guten Zeiten „mit vollen Händen zum Fenster hinausgeworfen“. Damit sei jetzt Schluss: Die Landesregierung fahre einen ganz klaren Konsolidierungskurs, ohne dabei das Gebot der Gerechtigkeit zu verletzen. ■

In die Mitte der Gesellschaft aufnehmen

Koalition lehnt eigenes Landesgesetz ab: Erst Erfahrungen auswerten

Über die zukünftigen Richtlinien der Integrationspolitik diskutierten die Abgeordneten im Plenum. Die Oppositionsfraktionen SPD und GRÜNE hatten in Anträgen (Drsn. 14/2585 und 14/2591) gefordert, ein Integrationsgesetz für Nordrhein-Westfalen zu verabschieden. Das lehnen die Regierungsfractionen von CDU und FDP vorerst ab. Sie verwiesen im Parlament auf ihren Integrationsplan, dessen Wirkung es zunächst zu bewerten gelte.

Britta Altenkamp (SPD) forderte, Integration grundsätzlich als Aufnahme von Migrantinnen und Migranten in die Mitte der Gesellschaft zu verstehen. Eine gesetzliche Verbindlichkeit sei Voraussetzung für erfolgreiche Integrationspolitik. „Wir sollten die Funktionen des Landes im Integrationsgesetz näher festlegen“, erklärte die Abgeordnete und skizzierte einige konkrete Maßnahmen. So sei es das oberste Ziel ihrer Fraktion, einen islamischen Religionsunterricht an den Schulen einzuführen. Außerdem müsse man verhindern, dass muslimische Eltern die Schulpflicht ihrer Kinder „systematisch unterlaufen“, ihre Töchter beispielsweise nicht am Sportunterricht teilnehmen ließen. In Einzelfällen müsse man an den Schulen über eine Geschlechtertrennung im Unterricht diskutieren dürfen.

Michael Solf (CDU) lehnte eine Geschlechtertrennung an den Schulen im Land vehement ab. „Damit geben Sie die Gleichberechtigung in unserer Gesellschaft auf“, kritisierte er die Opposition. Derartige Vorschläge würden der Mehrheit der integrierten Muslime in Nordrhein-Westfalen schaden. „Sie verwechseln Integration mit Kapitulation“, warf er der SPD-Fraktion

vor. Diese habe jahrelang die Bemühungen der CDU für eine verbesserte Integrationspolitik blockiert. Die Landesregierung befinde sich zurzeit in einer „Evaluierungsphase“ ihres im Frühjahr 2006 beschlossenen Integrationsplanes und sammle wichtige Erfahrungen für weitergehende Maßnahmen.

Monika Düker (GRÜNE) appellierte an das Parlament, die Rolle des Landes in der Integrationspolitik neu zu definieren. Integration geschehe maßgeblich vor Ort in den Kommunen. Diese müssten daher durch den Gesetzgeber stärkere Planungssicherheit für ihre konkreten Maßnahmen erhalten. „Wir müssen die Flexibilisierung und die zielgenaue Einsetzung der Finanzmittel für Integrationsprojekte in den Kommunen unterstützen“, erklärte Düker. Sie rief die Abgeordneten aller Fraktionen dazu auf, in der Integrationspolitik „gemeinsam nach vorne zu schauen“. Dies sei nicht allein Aufgabe der Landesregierung und des Integrationsministers.

Christian Lindner (FDP) hielt die Verabschiedung eines Integrationsgesetzes zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht. „Wir brauchen eine

praktische Umsetzung von Gleichberechtigung, keine abstrakte Formulierung eines Gesetzesentwurfes.“ Zunächst müsse man die Wirkungen des beschlossenen Integrationsplanes abwarten, bevor neue Strukturen der Integrationspolitik rechtlich verfestigt werden könnten. Sinnvoller sei es daher, bereits bestehende Fachgesetze den aktuellen Entwicklungen anzupassen: „Es ist den Menschen im Land gleichgültig, ob wir die Sprachförderung im Schulgesetz oder in einem Integrationsgesetz regeln.“ Integration sei eine Querschnittsaufgabe, an der die gesamte Gesellschaft beteiligt werden müsse.

Integrationsminister Armin Laschet (CDU) wies Vorwürfe der Opposition zurück, die Landesregierung betreibe in der Integration lediglich „Symbolpolitik“. Vielmehr sei es schon in der bisherigen Regierungszeit von CDU und FDP gelungen, wichtige Projekte anzustoßen. „Allein in diesem Jahr konnten wir 40.000 Kinder mehr in die Sprachförderung einbeziehen“, betonte Laschet. Der Minister kündigte an, die Arbeit der regionalen Förderstellen zur Integration von Migranten weiter auszuweiten. Mit der SPD-Fraktion stimmte er darin überein, dass das bisherige Landesaufnahmegesetz (Gesetz über die Aufnahme von Aussiedlern, Flüchtlingen und Zuwanderern) überholungsbedürftig sei. „Für die Zukunft ist es nicht mehr gut genug“, so Laschet. Allerdings lehnte er ein neues Integrationsgesetz zum aktuellen Zeitpunkt ab, da man erst Erfahrungen mit dem Integrationsplan sammeln müsse. Laschet lobte zugleich die jüngst einberufene Islamkonferenz des Bundesinnenministers: „Erstmals gibt es einen institutionellen Dialog des Staates mit dem Islam. Das ist ein wichtiger Schritt der Integrationspolitik.“ ■



Kanadische Gäste

... informierten sich über das föderale System der Bundesrepublik Deutschland. Im Landtag wurden sie von Landtagpräsidentin Regina van Dinther (2.v.l.) begrüßt, die ihnen einen Überblick über die aktuelle Arbeit der nordrhein-westfälischen Volksvertretung gab.

Foto: Meyer

Ein Gütesiegel für die Schule

Qualität der individuellen Förderung soll ausgezeichnet werden

Schulen, die sich intensiv um die individuelle Förderung von Schülern bemühen, sollen künftig an einem Gütesiegel erkannt werden. Der Landtag fasste sich im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit der Auszeichnung des NRW-Schulministeriums, um die sich die Schulen ab Oktober bewerben können. Grundlage zur Vergabe des Siegels ist ein fest umrissener Kriterienkatalog.

Bernhard Recker (CDU) erklärte: „Wir reden nicht nur von individueller Förderung. Wir handeln.“ Individuelle Förderung sei zwar kein neuer pädagogischer Ansatz und an vielen Schulen in NRW werde bereits mit erfolgreichen Konzepten gearbeitet. Allerdings seien die Rahmenbedingungen bisher „miserabel“ und die Erkenntnisse erfolgreicher Arbeit nicht genügend transparent gewesen. Recker: „Wir bauen eine Datenbank auf, in der erfolgreich arbeitende Schulen ihre jeweiligen Konzepte zur individuellen Förderung darstellen. Schließlich muss nicht jeder das pädagogische Rad neu erfinden.“ Die Kriterien für das Gütesiegel seien vom Landeskompetenzzentrum für individuelles Lernen in Münster ausgearbeitet worden. Es schaffe Anreize für die Schulen und Transparenz für die Eltern.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) erinnerte daran, dass die neue Landesregierung bisher 3.230 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen habe. 1.000 weitere Lehrerstellen kämen im kommenden Jahr für die individuelle Förderung hinzu, ebenso 5.280 Stellen für Integrationshilfe, muttersprachlichen Unterricht, Sprachförderung in den Klassen 5 und 6, das Projekt Beruf und Schule sowie die neu vorgesehenen Lernstudios. „Zusätzliche von uns vorgesehene Ergänzungsstunden in der Sekundarstufe I machen je nach Schulform ein Plus von neun bis 14 Stunden aus – eine hervorragende Grundlage für individuelle Förderung.“ Sie bezeichnete das Gütesiegel als „Sahnehäubchen“.

Renate Hendricks (SPD) wandte ein, Wettbewerb im Bildungswesen sei differenziert zu betrachten; Erfolge hingen entscheidend von den Ausgangsbedingungen ab, mahnte sie. „Schizophrenie“ sei es, bereits zwei Schulen ausgeguckt zu haben, die im Oktober das Gütesiegel verliehen bekommen. Einzigartig sei das Siegel auch nicht, Hessen, Bayern und das Saarland hätten bereits ähnliche Auszeichnungen. „Das ist ein Krabbeltisch und nicht effiziente Qualitätsentwicklung“, urteilte die Abgeordnete. Förderung dürfe nicht vom Engagement einzelner Schulleiter abhängen. „Individuelle Förderung ist das Gegenteil von Auslese – die aber behalten sie bei“, warf die Politikerin der Landesregierung vor.

Sigrid Beer (GRÜNE) kritisierte, mit dem Gütesiegel stehle sich das Schulministerium aus der Verantwortung. „Sie laden den schwarzen Peter einfach bei den einzelnen Schulen ab.“ Das Gütesiegel sei nicht die notwendige flächendeckende, systematische und kontinuierliche Unterstützung, die nötig sei, um individuelle Förderung systematisch in allen Schulen zu verankern. Die Abgeordnete: „Alles bleibt der Initiative und Kraft der einzelnen Schule überlassen.“ Pech hätten die Eltern und Schüler, die keine Schule mit Gütesiegel in der Nähe hätten. Die Schulministerin propagiere „ein neues Schaulaufen und Wettbewerb aus unfair ungleichen Startpositionen“ heraus. „Dem Gymnasium gilt Ihre Fürsorge, trotz aller Fensterreden, in erster Linie. Deshalb haben Sie ja ein Gymnasialgesetz und kein Schulgesetz gemacht.“

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) entgegnete: „Es blühen auf der pädagogischen Wiese viele bunte Blumen und die wollen wir auch blühen lassen.“ Schulen hätten aber die Möglichkeit, einen schulischen Ansprechpartner für individuelle Förderung zu benennen, der sich eigens weiter qualifizieren könne. Diese Fortbildungsmaßnahme werde von der Stiftung „Bildung zur Förderung Hochbegabter“ finanziert. Das Gütesiegel werde nur für drei Jahre verliehen. „Dann müssen die Schulen ihre Bemühungen erneut dokumentieren, wenn sie das Siegel weiter tragen wollen“, so die Ministerin. Die Teilnahme sei stets freiwillig. „Das Verfahren ist ein Audit“, betonte sie. „Die Kriterien werden den Schulen vorab bekannt gemacht

– und jede Schule, die die Anforderungen erfüllt, gewinnt. Schulen mit dem Gütesiegel dürfen selbstverständlich für sich und ihre Qualität werben.“ Allen Schulen des Landes werde eine Handreichung mit best-practice-Beispielen zur Verfügung gestellt, die alle ohne Schwierigkeiten in der Praxis umzusetzen seien: „Ich selbst kann mich nicht daran erinnern, während meiner 35-jährigen Schulzeit Hilfe bekommen zu haben, wie ich individuell fördern soll.“ ■

Werbeeffekt verspricht sich Schulministerin Barbara Sommer vom neuen Gütesiegel für die Schulen des Landes. Ihr Ministerium werde den Schulen die Kriterien benennen und ihnen Beispiele an die Hand geben, um die Anforderungen zu erfüllen und in die Praxis umzusetzen.



Foto: Schälte

Auf der Suche nach der Quelle

Landtag debattiert über Funde von gentechnisch verändertem Reis

In direkter Abstimmung hat der Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP und gegen das Votum von SPD und Grünen den Antrag der SPD (Drs. 14/2582) mit dem Titel abgelehnt: „Kein Genreis durch die Hintertür: Minister muss Verbraucher schützen!“

Svenja Schulze (SPD) fragte: „Wie konnte gentechnisch veränderter Reis überhaupt in deutsche Supermärkte gelangen?“ Die Politik müsse sich mit diesem Skandal beschäftigen. Aufgedeckt worden sei der nicht durch die Verbraucherschutzminister im Bund (Seehofer) oder im Land (Uhlenberg), sondern „wieder einmal sind die Verbraucherinnen und Verbraucher auf Greenpeace angewiesen, statt dass sie Informationen von den zuständigen Behörden erhalten“. Der Landesminister gehe „komplett auf Tauchstation“, anstatt Transparenz zu schaffen.

Heinrich Kemper (CDU) betonte, es sei kein reiner Genreis eingeführt worden, „sondern es

ist eine Spur von Genreis, der weder hier noch in Amerika zugelassen ist, gefunden worden“. Man könne also nicht behaupten, dass Genreis bewusst eingeführt worden sei. Es gebe mehrere Varianten der Erklärung, wie die Spuren in diesen Reis gekommen seien. Der Abgeordnete erklärte: „Die Landesregierung hat aufgrund ihrer nachvollziehbaren anschließenden Untersuchungen Sicherheit geschaffen.“

Johannes Rimmel (GRÜNE) urteilte: „Wir glauben, dass die Verunreinigungenfälle in der Lebensmittelkette deutlich zeigen, dass die Gentechnikkonzerne bei Freisetzungsexperimenten viel zu lasch mit Sicherheitsfragen umgehen.“

Der aktuelle Fall zeige, dass eine „Koexistenz“ mit gentechnisch veränderten Pflanzen nicht funktionieren würde.

Holger Ellerbrock (FDP) wies auf die Sachaufklärung (gefundene Spuren in der Größe von 0,02 Promille) hin und fügte an, „dieses Ergebnis taugt nun wirklich nicht für eine Anti-Gen-Kampagne“. Wenn ein Moratorium für alle Freilandversuche verlangt werde, dann müsse er sagen: „Lasst die Kirche im Dorf.“ Die Gentechnik mit negativen Vorstellungen zu besetzen „ist nichts anderes als Fortschrittsfeindlichkeit“.

Verbraucherschutzminister Eckhard Uhlenberg (CDU) stellte fest: „Wir haben hier nichts zu verbergen“. Ob die SPD bei dem überaus sensiblen Thema „grüne Gentechnik“ wirklich Forschung verbieten wolle? Das wäre verantwortungslos. Nachtägliche Untersuchungen hätten dann ergeben, dass dieser Reis gentechnisch veränderte Bestandteile enthalten habe. Auch wenn die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit der Meinung sei, dass nicht von einer gesundheitlichen Beeinträchtigung durch den Verzehr dieses Lebensmittels ausgegangen werden müsse. So handle es sich trotzdem – das wolle er ausdrücklich betonen – um ein nicht verkehrsfähiges Lebensmittel, das grundsätzlich vom Markt zu nehmen sei. ■



Korbeweise Unterschriften

... gegen das Hochschulfreiheitsgesetz hat Landtagsvizepräsident Edgar Moron (r.) entgegengenommen. 10.500 Mitarbeiter der Hochschulen des Landes drücken damit ihre Sorge um die Zukunft aus. Inzwischen gibt es auch eine Klage gegen die im Gesetz vorgesehene Überführung der Beschäftigten vom Land in die Personalhoheit der einzelnen Hochschule. Die Mitarbeiter befürchten, beim Kündigungsschutz und anderen sozialen Leistungen schlechter gestellt zu werden. Unser Bild zeigt die Übergabe durch den Vorsitzenden des Hauptpersonalrats, Klaus Böhme (l.).

Foto: Schälte

Streit über Kindergartenbeiträge

Grüne wollen für Eltern Steigerung gestoppt wissen

Können Eltern den Besuch einer Kindertagesstätte für ihren Nachwuchs bald nicht mehr bezahlen? Darüber – und über den geforderten Stopp der Steigerungen – diskutierten die Abgeordneten im Landtag auf Antrag der Grünen (Drs.14/2590).

Andrea Asch (GRÜNE) nannte die Entscheidung der Landesregierung einen „Gau“. Überall in Deutschland werde über eine Beitragsfreiheit in den Kindertagesstätten diskutiert, in NRW dagegen müssten sich die Eltern auf steigende Beiträge einstellen. Besonders die finanzschwachen Städte im Land hätten keine andere Wahl, als die Kosten der Kitas an die Eltern weiterzugeben.

Andrea Milz (CDU) meinte: „Sparen heißt Wehtun.“ Das Land hätte nun einmal keinen Goldesel, sondern müsse streng auf seine Finanzen achten. Milz verwies darauf, dass die Elternbeiträge der Kita-Kosten seit 1993 keine Veränderung mehr erfahren hätten. Sie zeigte sich überzeugt davon, dass die Kommunen verantwortlich mit ihren neuen Kompetenzen der Gebührenhoheit umgehen werden.

Britta Altenkamp (SPD) warf der Landesregierung vor, sie provoziere durch ihre Sparpolitik viele Abmeldungen in den Kindergärten. „Das

Land will 84,6 Millionen Euro sparen und belastet dadurch noch stärker die Städte in NRW“, so Altenkamp. Sie forderte die schwarz-gelbe Koalition auf, schnell zu handeln und Druck von den Kommunen zu nehmen.

Christian Lindner (FDP) warf den Oppositionsfractionen eine „Angstkampagne“ vor. Eine moderate Anpassung der Elternbeiträge sei unvermeidlich, da die Gebühren im Gegensatz zu den nominalen Einkommen lange Zeit nicht gestiegen seien. Lindner ermahnte die Oppositionsfractionen: „Hören Sie auf, zu behaupten, Schwarz-Gelb sei kinderfeindlich!“

Integrationsminister Armin Laschet (CDU) zeigte sich zufrieden, dass die Landesregierung das „komplizierte Beitragssystem“ der SPD-Regierung abgeschafft habe. Die Kommunen hätten nun Gelegenheit, die Kita-Beiträge gerechter und differenzierter zu staffeln. Laschet betonte, dass 22 Prozent der Eltern in NRW auch weiterhin überhaupt keine Beiträge zahlen müssten. ■

Ein Land in Bewegung

Sonderausgabe zum Landtagsjubiläum



LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN AUS DEM LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN



Ernst Gnoß (SPD)
2.10.1946 – 19.12.1946



Dr. Dr. h.c. Robert Lehr
(CDU)
19.12.1946 – 19.4.1947



Josef Gockeln (CDU)
19.5.1947 – 6.12.1958



Wilhelm Johnen (CDU)
13.1.1959 – 18.4.1966



Josef Hermann Dufhues
(CDU)
19.4.1966 – 25.7.1966



John van Nes Ziegler (SPD)
25.7.1966 – 26.7.1970
29.5.1980 – 29.5.1985

Auf 60 Jahre blicken das Land Nordrhein-Westfalen und sein Landtag zurück. Diese Sonderausgabe ist diesem Jubiläum gewidmet. In den sechs Jahrzehnten von 1946 bis 2006 haben 1.527 Abgeordnete die Menschen aus Nordrhein-Westfalen im Landtag in Düsseldorf vertreten, um Probleme der Gegenwart zu lösen und Entscheidungen für die Zukunft des Landes zu treffen.

Die erste Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen fand am 2. Oktober 1946 im Düsseldorfer Opernhaus statt. Die damaligen Abgeordneten waren nicht gewählt, sondern von der britischen Besatzungsmacht ernannt. Und doch war dieser Tag der demokratische Neubeginn für das neue Land Nordrhein-Westfalen. Heute können wir feststellen, dass das zunächst „künstliche“ Land Nordrhein-Westfalen längst zu einer organischen Einheit geworden ist, in dem sich die Menschen wohlfühlen.

Mittlerweile wurden die Abgeordneten 14 Mal von den wahlberechtigten Nordrhein-Westfalen in das Landesparlament in Düsseldorf gewählt. Die Abgeordneten sind die Repräsentanten der Bevölkerung und die Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger. Sie vertreten nicht nur ihre Wahlkreise, sondern heute 18 Millionen Menschen in unserem Land. Sie sind gewählt und nicht erwählt.

Dabei hat eines die nordrhein-westfälischen Volksvertreter immer verbunden, gleichgültig ob Rheinländer, Westfalen oder Lipper. Nämlich der gemeinsame Wille, das Land Nordrhein-Westfalen nach vorne zu bringen und in eine gute Zukunft zu führen. Das ist der Grundkonsens, der selbst bei harter Auseinandersetzung in der Sache über die Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg dafür sorgt, dass die Interessen des Landes NRW im Mittelpunkt stehen.

Die heutigen Abgeordneten müssen beweisen, dass sie fähig sind zu Reformen. Es gilt, in Zeiten der Globalisierung zeitgemäße Antworten zu finden und die Interessen des Landes NRW und seiner Menschen im Konzert der Länder, im Miteinander mit der Bundespolitik im Europa der Regionen zu wahren.

Regina van Dinter



Dr. Wilhelm Lenz (CDU)
27.7.1970 – 28.5.1980



Karl Josef Denzer (SPD)
30.5.1985 – 30.5.1990



Ingeborg Friebe (SPD)
31.5.1990 – 31.5.1995



Ulrich Schmidt (SPD)
1.6.1995 – 8.6.2005

Gemälde der Landtagspräsidenten
aus der Wandelhalle des Landtags

Zwischen gestern und morgen

von Horst-Werner Hartelt*

Der nahezu 80-jährige Alterspräsident der Gründerversammlung, Peter Zimmer, musste unmittelbar vor der Geburtsstunde des ersten, gleichwohl nicht frei gewählten Landtags Rede und Antwort stehen, – dem von der KPD entsandten und durch die Militär-Regierung genehmigten Vertreter Karl Schabrod. Der ab 1934 bis 1945 in Hitlers Gefängnissen misshandelte Edel-Kommunist wollte von Zimmer nur wissen: „Warum Coriolan und nicht Fidelio?“ Beethovens Ouvertüre Coriolan, zur Eröffnung des Landtags doch angemessen, wie Zimmer bedeutete, gelte dem Gleichnis eines Mannes, der seine Vaterlands-Liebe mit dem Leben bezahlen musste, so in der Oper. Tischler und Journalist Schabrod ließ Galgenhumor aufblitzen: „Da habe ich ja wohl noch Glück gehabt.“

Die Gründerversammlung von Engels Gnaden fasste an jenem grauen Oktobertag 1946 die verschiedensten Gruppen und Charaktere zusammen: Kriegs-Invaliden, KZ-Überlebende, NS-Mitläufer, Vertriebene und auch NS-Nutznieser. Umso empörter Parteifreunde des Sozialdemokraten Carl Severing: Die Militär-Regierung sperrte ihn aus, weil er 1932 als Innenminister von Preußen dem Putsch der Demokratie-Feinde auswich: „Ich weiche nur der Gewalt!“ Genugtuung empfand Severing jedoch 1947, als der Prominente in seinem Bielefeld mit großer Mehrheit in den nun frei zu wählenden Landtag entsandt wurde, ebenso wie sein Gerechtigkeits-Kämpfer, der Zeitungsverleger Emil Groß.

Konrad Adenauer und Carl Severing, zwei Parteien, zwei Welten, und doch gemeinsam ihr Schicksal der Verdammten in verfluchten NS-Zeiten. Aber Adenauer (CDU) wollte keine Große Koalition, er wollte die Macht allein und schon gar nicht mit seinem gewerkschaftsnahen Karl Arnold teilen. Adenauer-Urteile über ihn bedrückend, beleidigend. Frontal ging der Machtmensch gegen die Zentrumsparterie (DZP) vor, gegen Parteifreunde aus der Weimarer Zeit. Amelunxens Signal, seine Parteilosigkeit aufzugeben und den bedrängten Katholiken das politische Überleben zu ermöglichen, erfreute den Klerus, doch der Landtag überließ das eigentümliche Schisma der Gleichgültigkeit. Millionen rangen ums nackte Überleben, der Gesetzgeber musste Ordnung schaffen, Er-

nährung, Unterkunft und soziale Gerechtigkeit organisieren, den Staatsaufbau nicht nur in den Mund, sondern in die Hand nehmen.

DIE RUHR-ANGST

Der Landtag in diesem Katastrophen-Jahrhundert „quälte“ sich, so der kernige Kölner Robert Görlinger. Das Parlament darbt mit, die Tagesration: zwei Scheiben Graubrot, 20 Gramm Fett, ein Löffel Marmelade, zwei Tassen Muckefuck. Erik Nölting jedoch fahndete nur nach Schreibpapier, der Paderborner Johannes Gronowski, einstmals Oberpräsident, freute sich über einen Bleistift. Heinrich Lübke besaß eine Aktentasche und musste den falschen Verdacht ertragen, Butterbrote aus dem Sauerland mitzubringen. Tabak-Krümel in einer aus Zeitungspapier gedrehten Zigarette, „ein Hochgenuss“, wie Karl Matull allen Ernstes meinte. Die Abgeordneten-Diät: 200 Reichsmark!

Aus dem Ruhrgebiet indes Töne neuen Erschreckens, die Fritz Henßler in der zerschundenen Region analysierte: Sowjetunion und Frankreich strebten nach restloser Ausbeutung sowie territorialen Veränderungen. Der Landtag einig in der Abwehr, nur die KPD abseits.

Schneller als gedacht entwickelte sich lebensnotwendige Vernunft mit der britischen Siegermacht, nachdem die ersten drei Landtagspräsidenten Ernst Gnoß, Robert Lehr sowie Josef Gockeln die Besatzer fortwährend beschworen. 75 Millionen Pfund spendeten die Engländer, die erste Rate noch vor dem dollarschweren Marshall-Plan.

Im Landtag jagten sich die Konferenzen Tag und Nacht, aufopfernd die wahren Volksvertreter, zwölfstündiges Anreisen, zehn Stunden andauernde Sitzungen. Da fragte doch einmal ein Pastor Emil Marx, ob er denn gar nicht in die Bibelstunde käme. Der fromme Christ: „Erst kommt's Fressen, dann der Choral!“ Der Abgeordnete hungerte nicht allein. Amelunxen indes stieß sich an Manieren einiger Offiziers-Gäste. Die Herren legten gern ihre Füße auf den Tisch, tadelte Amelunxen: „Kommiss-Köpfe!“ Feiner hingegen hohe Zivilbeamte aus London, Mitglieder der CONTROL-Kommission. Einer von ihnen Michael Thomas; er visitierte Franz Blücher und berichtete seinem Chef General



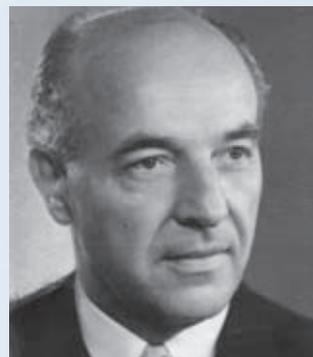
Karl Schabrod (KPD)



Carl Severing (SPD)



Konrad Adenauer (CDU)



Karl Arnold (CDU)



Willi Weyer (FDP)



Fritz Steinhoff (SPD)



Franz Meyers (CDU)



Heinz Kühn (SPD)

Templer in Bad Oeynhausen: Der FDP-Politiker sei „eitel, stieselig, ein Buchhalter“.

Blücher und Freund Friedrich Middelhaue haben jedenfalls die FDP-Krise nicht erkannt. Über Nacht verhaftete die Militär-Polizei in Düsseldorfs Umgebung Goebbels' ehemaligen Staatssekretär Naumann und Hintermänner. Secret Service konstatierte „Unterwanderungen“ bei den Liberalen, zumal ihr Landtagsabgeordneter Ernst Achenbach, Ribbentrops Gesandter in Paris, gleich nach 1945 wie Phoenix aus der Asche herumpflog. Umtriebe am Rand schadeten auch Unbescholtenen wie Willi Weyer. Dieser Hüne von Gestalt sollte angeblich SS-Mann gewesen sein, sein wirklicher Rang: Unteroffizier der Flakartillerie. Er wurde stellvertretender Ministerpräsident an Fritz Steinhoffs Seite, jener Mann mit zerfurchtem Bergmanns-Antlitz und dem Leibspruch: „Butter bei die Fische!“

DER TRAUERIGE SIEG

Die erste SPD/FDP-Koalition hatte nach Karl Arnolds Sturz keinen Bestand, das Schicksal schlug unbarmherzig zu. Arnold erlag im Wahlkampf dem Herztod, und seine CDU errang die absolute Mehrheit. Es kam Franz Meyers, kein Reformator, wohl aber ein exzellenter Administrator mit Witterungen für Zeitströmungen. Als erster und einziger CDU-Prominenter forderte er die Aufhebung des KPD-Verbots. Josef Hermann Dufhues griff ihn scharf an. Meyers revanchierte sich: „Zeit meines Lebens hat er nicht vergessen und mir nicht verziehen, dass er bei der Wahl zum Ministerpräsidenten unterlegen war.“ Und noch eines wusste Meyers genau: Käme der Rivale Heinz Kühn erst an die Macht, würden die Sozis mindestens 30 Jahre regieren... Warum, wieso? Die parlamentarische Fachelite von Christine Teusch bis Fritz Holthoff, von Josef Hofmann bis Heinz Kühn, von Paul Mikat bis Johannes Rau, von Wilhelm Lenz bis Wolfgang Brüggemann verstrickte sich in leidenschaftliche Gegensätze und Glaubenskämpfe um 2.000 Zwergschulen sowie um das überfällige Ende staatlicher Konfessionsschulen. Den Knoten durchhaute Wilhelm Lenz, wohl wissend, wie viele dagegen standen. Kirchliche Geistheiler

haben es ihm nie verziehen. Dass fast 20 Jahre Lenz und John van Nes Ziegler abwechselnd ab 1966 bis 1985 Landtagspräsidenten waren, mutet wie ein Kuriosum an, zumal der SPD- und der CDU-Repräsentant ihre Wahlkreise in Köln hatten, „Nes“ Vorgänger und Nachfolger von „Bobby“, die Spitznamen der beiden, merkwürdige Zufälle.

DIE GROSSE EINIGKEIT

Turbulente Jahre, epochale Entscheidungen im Landtag, so die Schul- und Bildungsreform, 20 Fachhochschulen auf einen Schlag Anfang der 70er Jahre und schließlich die Gebietsreform, Opposition und Regierungsparteien nach stürmischen Phasen Hand in Hand: Aus 2.334 Kommunen wurden 396! Das hohe Lied des Hohen Hauses stimmte aber keiner an, kein Präludium, kein Tedeum, obschon doch eine historische Umwälzung in den Regionen.

Das Parlament konnte auch schweigsam sein. Nach Hin und Her rief der amtierende Präsident Alfred Dobbert den hoch angesehenen Erklärer Josef Hofmann auf: „Sie wollen berichten...“ Doch der verzichtet. Also ruft Dobbert den Kollegen Köllen auf, aber der winkt ab. Ersatzweise soll jetzt „Herr von Ameln das Wort haben“. Wiederum Absage, Dobbert hartnäckig: „Dann Kollege Schmelter...“ Der Präsident, von der Stirne heiß, rinnen muss der Schweiß, macht noch einen letzten Versuch bei „Herrn Schmiedel“. Wiederum Nein, da bricht Dobbert die Sitzung ab und verabschiedet sich mit einem „Dankeschön“.

Es ging schon mal lustiger in der Landtagsrunde zu. Christine Teusch: „Für meinen Herrgott springe ich über jede Mauer.“ Kühns Zwischenruf: „Ihr konfessioneller Hochsprung!“ Größter Lacherfolg durch Unikum Walter Möller: „Ja, diese großen Politiker sehen alles durch die Große-Weite-Welt-Brille, und wir in Hausberge gucken durchs herzige Guckloch in der Klo-Tür!“ Der Welt-Reisende, Landesvater Kühn, war gemeint, den Katharina Focke in Redepausen labte mit Schokolade, zart-bitter. Heinrich Köppler, ein rhetorischer Genuss allzeit, musste Burkhard Hirsch verküssen, denn der spottete, es müsse Nacht werden, „wenn Köpplers Sterne strahlen sollen“.

Der plötzliche Herztod des Oppositionsführers Köppler 1980 wiederholte das Karl-Arnold-Drama von 1958. Damals wie jetzt nicht nur ein erschreckender Verlust der CDU, sondern für den Landtag insgesamt. Selbst Nachfolger Kurt Biedenkopf konnte das Unglück kaum verkleinern, auch Bernhard Worms nicht. Abwanderungen verstärkten das Defizit.

Der intellektuelle Reichtum des Parlaments schmolz dahin wie die Kassenbestände. Friedel Neuber, einst Finanzexperte im Landtag, warnte vor „Ewigkeits-Schulden“ durch rücksichtslose Kreditaufnahmen. Finanzminister Diether Posser jedoch setzte sich ans Klavier und spielte „Ich brauche keine Millionen, mir fehlt kein Pfennig zum Glück...“. Der integere Mann machtlos, und der Sieger-Meister Rau in allen Wahlen bis 1995 winkte ab, wenn Helmut Linssen „Schulden-Johannes“ rief.

Das letzte Jahrzehnt im letzten Jahrhundert stand im Glanze der deutschen Einheit. NRW übernahm die Patenschaft für Brandenburg, generös der Landtag, auf eigene Faust Herbert Schnoor und Bodo Hombach. Lieferungen wurden organisiert, von der Büroklammer bis zur Apfelsine, und Friedrich Halstenberg baute die Brandenburger Verwaltung auf. Der energische Präsident Karl Josef Denzer half mit Delegierungen, bevor er sein Amt freudig an Ingeborg Friebe übergab, ein außergewöhnliches Ereignis! Erstmals eine Frau Landtagspräsidentin, die aus ihrer Bescheidenheit kein Hehl machte: „Das liebste Amt ist mir das Bürgermeisteramt in Monheim...“

NEUE FARBEN

Dass die Grünen mit Sitz und Verstimmungen dem Landtag nicht schadeten, war ihrem versierten Politiker zu verdanken, nämlich Michael Vesper, der zuvor in Bonn Joschka Fischer half. Das Erscheinungsbild des Hohen Hauses allerdings mit einer exorbitanten Darbietung in jeder Plenarsitzung: Bajazzohaft gekleidet defilierte der grüne Roland Appel im Plenarsaal. Leise weinend nahm es der Landtag hin. Ausweichend Patriarch Hans Ulrich Klose: „Kein Blödmann“! Und Ulrich Schmidt nickte.

Die durch Rau vorgelebte Harmonie verwehte im Wind des Werte-Wandels. Ob Kalkar

oder Garzweiler, ob Kohle oder Kalk, mehr Dispute statt Debatten zum Umweltschutz. Friedhelm Farthmann warnte vor „emotionalen Unterwanderungen“, die Grünen in der Offensive, Klaus Matthiesen im Streit um Meinungsmacht. Balance-Politik bröckelte im Steinbruch der Kompromisse, Unmut und Unruhe. Edgar Moron: „Die Kohle ist unser Schicksal!“ Händeringend die Experten im Landtag, die in den 50er, in den 60er, in den 70er, in den 80er und in den 90er Jahren und in der jetzt laufenden 14. Wahlperiode fortdauernd um Absatz und Existenz der Kohle ringen. Hunderte Anträge, Entschließungen, Richtlinien, Gesetze und Resolutionen in knapp 60 Jahren haben den Niedergang im Bergbau nicht verhindert. SPD, CDU, FDP, einst vereint in der so genannten „Kohle-Fraktion“, sind schon lange uneins. Den Grünen gefällt dies.

Sozusagen im Nebenlicht der Kontroversen die mustergültige Haushaltskontrolle des Abgeordneten Franz Riehemann, doch nur zuständig für die Richtigkeit der Rechnungen, nicht ob ihrer Notwendigkeit. So konnte es geschehen, dass die Regierung noch nach 1990 für die Bonner Landesvertretung viele Millionen zum Aus- und Umbau vergeudete. Dass der ungewollte Umzug von Bonn nach Berlin sich um zehn Jahre verspätete, verdoppelte die Kosten...

Eine neue Zeit brach an, ein neuer Mann in der Arena: Bundesminister a.D. Jürgen Rüttgers. Raus Nachfolger Clement und Steinbrück haben ihn unterschätzt. Perfekt die Überraschung, als Regina van Dinther den Präsidentenstuhl im Landtag einnehmen konnte, es war seit 1980 das erste Mal für die CDU und das erste Mal für die SPD seit 1966, dass sie die Opposition einnehmen musste. Staatsministerin a. D. Hannelore Kraft die Vorsitzende, – unvergesslich der sozialdemokratische Oppositionsführer von 1962 bis 1966, „der CICERO“, wie Freunde Heinz Kühn wegen seiner brillanten Redekunst apostrophierten.

Der Landtag im 60. Lebensjahr arbeitet schon wieder auf Hochtouren: 29 Gesetze beschlossen! Zuviel des Guten? An Danksagungen fehlt es nicht, aber übersehen werden die Spezialisten der Staatsverwaltung, „Nicht-Politiker“ wie Rietdorf, Rombach, Röver und andere. Dank ihres administrativen Sachverstandes haben sie in vielen Jahren viele Gesetze des Gesetzgebers vorbestimmt. ■



Christine Teusch (CDU)



Heinrich Köppler (CDU)



Kurt Biedenkopf (CDU)

* Horst-Werner Hartelt (78) war langjähriger landespolitischer Korrespondent der Neuen Ruhr/Neuen Rhein Zeitung in Düsseldorf und Funkkommentator. 1973/74 erhielt er den renommierten Theodor-Wolff-Preis.

Eine kleine

Nach dem Krieg haben die Menschen andere Sorgen als die Politik: Sie brauchen ein festes Dach über dem Kopf, genug zu essen und Arbeit. Damit ist es nicht gut bestellt, darum kommt es zu zahlreichen Unmutsäußerungen – hier die Hungerdemonstration im Düsseldorfer Hofgarten Ende März 1947.

1947



Er prägt das Wort von NRW als dem sozialen Gewissen der Bundesrepublik, der CDU-Nachkriegspolitiker Karl Arnold (Bildmitte vorn). Hier im Juli 1947 bei seiner Wahl zum Ministerpräsidenten des Landes. Das Amt bekleidet er bis 1956.



Erst Kölner Oberbürgermeister, dann von den Nazis aus dem Amt gejagt, zum Schluss langjähriger Kanzler der Bundesrepublik Deutschland: Konrad Adenauer (1876-1967). Bevor er in die Bundespolitik geht, ist er NRW-Landtagsabgeordneter der ersten Stunde und gehört dem Parlament von 1946 bis 1950 an.

1950



1947

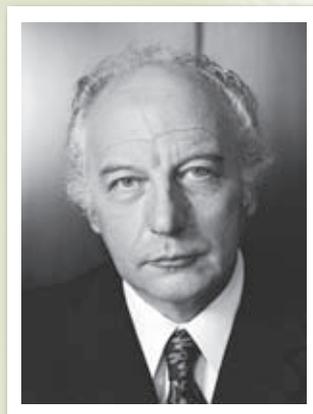
1950

Geschichte in Bildern

Ein weiten Bogen spannen die Ereignisse der Landespolitik in den zurückliegenden 60 Jahren. Anfangs ging es darum, die Grundlagen für das demokratische Zusammenleben und um die Sicherung der Existenz der Menschen in einem vom Krieg verwüsteten Land zu legen. Später galt es, wichtige Entscheidungen zur Ausgestaltung und Modernisierung des Staates zu treffen. Die Politik sah sich zudem mit wirtschaftlichen Krisen und der Hoffnung der Menschen auf Sicherheit und Arbeit konfrontiert. Stichworte wie Wiederaufbau, Strukturwandel, Bildungsreform und Hochschulausbau, Verkehr, Energie, Umweltschutz, Staatsfinanzen, innere Sicherheit, Integration und demografische Entwicklung umreißen die Handlungsfelder, der sich Politiker im Land wie im Bund zu stellen haben. Kein Wunder, dass es da zwischen Land und Bund vielfältige gegenseitige Beziehungen, Einflüsse und Konfrontationen gibt und gegeben hat.

1974

Franz Meyers (CDU) bei der Annahme seiner Wahl zum Ministerpräsidenten 1958. Acht Jahre später wird er durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt und durch Heinz Kühn (SPD) abgelöst.



1977



Wieder ein Bundespräsident aus dem bevölkerungsreichsten Land: Walter Scheel (FDP) wird 1974 gewählt und amtiert bis 1979. Mitglied des NRW-Landtags war Scheel von 1950 bis 1954.

Zwei, die sich kennen und schätzen: Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD, r.) und Oppositionsführer Heinrich Köppler (CDU, l.) tauschen 1977 während einer Pause im Plenum ihre Meinungen aus.

19

Zeitreise

8

Stramm gestanden – Bundespräsident Heinrich Lübke, von 1947 bis 1952 CDU-Ernährungsminister des Landes NRW, schreitet 1960 zusammen mit Ministerpräsident Franz Meyers (CDU, L.) und Landtagspräsident Wilhelm Johnen (r.) die Ehrenformation der Polizei ab.



1966



Nach Lübke zweiter Bundespräsident aus NRW: Gustav Heinemann (SPD), Landtagsabgeordneter von 1946 bis 1950, Landesjustizminister in den Jahren 1947 und 1948, tritt 1969 das höchste Amt an.



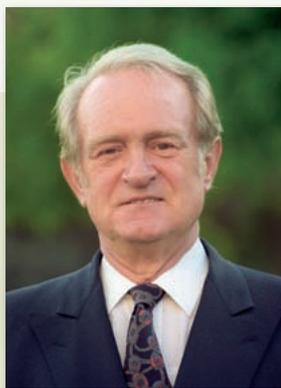
1960

Wetterleuchten mit glühender Zigarre: 1966 verabreden Heinz Kühn (SPD, L.) und Willi Weyer (FDP, r.) die sozialliberale Koalition für Düsseldorf – später Modell für die Bundesregierung in Bonn.

1969

Nach 15 Jahren Alleinregierung der SPD kommt ein Bündnispartner ins Boot, die GRÜNEN. Hier 1995 das Kabinett Rau mit den grünen Ministern Bärbel Höhn (Umwelt) und Michael Vesper (Bauen und Wohnen).

1999



2004



Wechsel nach 39 Jahren sozialdemokratisch geführten Regierungen: Der neue Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU, L.), Chef der schwarz-gelben Regierungskoalition im Land, leistet vor Landtagspräsidentin Regina van Dinter (r.) den Amtseid.



95

1999 wird Johannes Rau Bundespräsident und bekleidet dieses Amt bis 2004. Zuvor war Rau 41 Jahre lang NRW-Landtagsabgeordneter. Zwei Jahrzehnte wirkte er in diesem Land als Ministerpräsident, zuvor acht Jahre lang als Wissenschaftsminister an Rhein und Ruhr.

Die Queen gibt sich mit Prinz Philip die Ehre. Im November 2004 besucht sie das Land Nordrhein-Westfalen, das seine Gründung der britischen Besatzungsmacht nach dem Krieg verdankt. Großer Empfang im Landtag.

2005

Festansprache von Carl Severing, Staatsminister a.D., bei der Einweihung des Landtagsgebäudes am 15. März 1949

Die Mühen haben sich gelohnt

Von Jürgen Knepper

Es war eine lange und schwierige Geburt, das Zustandekommen des „Grundgesetzes“ für das Land NRW. Im Oktober 1946 gab es erste Bemühungen und im Januar 1947 legte der Innenminister im zweiten Kabinett Amelunxen, Dr. Walter Menzel (SPD), dem ernannten Landtag einen Entwurf vor, der in sechs Abschnitten und 28 Artikeln eine „vorläufige Ordnung der Landesgewalt“ schaffen sollte. Nach der Landtagswahl Ende April 1947, nicht zuletzt auf Drängen der Briten, wurden die Beratungen intensiviert. Die Besatzungsmacht hatte ein Auge auf die Arbeiten, nahm Einfluss und drängte zur Eile.

Der erste Menzel-Entwurf für ein „vorläufiges Landesgrundgesetz“ war lediglich ein Organisationsstatut mit wenigen Bestimmungen über die Landesgewalt, den Landtag, die Landesregierung, die Gesetzgebung, das Finanzwesen sowie die Kommunalverbände. Erst ein gewählter Landtag sollte die endgültige Verfassung verabschieden, und diese sollte nach Auffassung des Verfassungsministers weder die Grundrechte noch Fragen der Religion, der Erziehung und des Unterrichts behandeln. Diese sollten in einer einheitlichen Reichsverfassung geregelt werden. Mit dieser Minimalregelung waren allerdings weder die Briten noch die stärkste Fraktion, die CDU, zufrieden.

Die eigentlichen Verfassungsberatungen liefen allerdings erst an, nachdem am 20. April 1947 erstmals ein Landtag gewählt worden war. Innenminister Menzel legte nun einen wesentlich umfassenderen Entwurf vor, der auch die Punkte enthielt, die in den Folgejahren immer wieder zu heftigen Kontroversen führten. So stieß die „Christliche Gemeinschaftsschule“ bei CDU und Zentrum auf erbitterten Widerstand, man wollte die unbedingte Wahrung des Elternrechts und die Bekenntnisschule durchsetzen. Kontrovers auch die Errich-

tung einer Zweiten Kammer. Dem „Staatsrat“ wollten als einer Art Notstandsgremium Konrad Adenauer und Karl Arnold von der CDU eine herausragende Rolle zwischen Landtag und Landesregierung einräumen. Der Abgeordnete Carl Severing (SPD), früherer Preußischer Innenminister, dazu knapp: „Überflüssig und schädlich.“ Die KPD, damals im Landtag vertreten, sah in ihm den Versuch, die Rechte des Landtags einzuschränken. Friedrich Mittelhaue von der FDP vermisste das „letzte Durchdenken“ des Vorschlags.

Alles währte letztlich länger, nämlich bis Mitte 1950. Das lag zum einen an den langwierigen und oft kontroversen Beratungen in den verschiedenen Gremien des Landtags, wo die Aufregung zwischen den Fraktionen von CDU, SPD, Zentrum, FDP und KPD oft hin und her ging. Deshalb war es allen Seiten recht, dass die Beratungen ausgesetzt wurden, als der Parlamentarische Rat in Bonn mit den Beratungen zum Grundgesetz begann. Kaum war das verabschiedet, beauftragten Verfassungsausschuss und Landtag im Juli 1949 die NRW-Landesregierung, bis zum 1. Oktober einen neuen Verfassungsentwurf unter Berücksichtigung des am 8. Mai 1949 in Kraft getretenen Grundgesetzes vorzulegen.

Auch das klappte nicht fristgemäß. Das Landeskabinett war in der Schulfrage tief zerstritten. Es hagelte Kritik aus den eigenen Reihen am CDU-Ministerpräsident Karl Arnold. Der trat die Flucht nach vorne an, ließ im Hintergrund ihm vertraute Fachleute über einem eigenen Entwurf brüten und präsentierte das Papier Anfang November dem Innenministerium. Die SPD war entrüstet und hielt das Ganze für eine Zumutung. Innenminister Menzel: „Was uns hier zugemutet wird, lässt auch nicht die Spur einer vernünftigen Einstellung gegenüber den Forderungen der SPD als Regierungspartner erkennen.“

In der Frage der Sozialisierung von Bergbau und Großindustrie war man sich noch einig. Hier wirkte deutlich die Erinnerung nach, wie sehr die Ruhrbarone Hitler den Steigbügel gehalten hatten. Wenn der KPD-Abgeordnete Willi Agatz deklamierte, die Verstaatlichung des Bergbaus sei ein „lebensnotwendiger Schritt für unser Volk“, dann klang das beim CDU-Abgeordneten Konrad Adenauer so: „Wir sind der Überzeugung, dass zunächst eine solche Neuordnung nur durch die Überführung des Bergbaus, der Schwer-, Eisen- und Stahlindustrie in eine Gemeinwirtschaft möglich ist, während sich die übrige Wirtschaft auf der Grundlage eines geregelten Wettbewerbs entfalten soll.“ Adenauer war Politiker genug, um bei der Gelegenheit gegen die britische Besatzungsmacht einen Pfeil abzuschließen, indem er anfügte: „Die Überführung der vorgenannten Wirtschaftszweige in eine Gemeinwirtschaft setzt aber voraus, dass dem deutschen Volke das volle Verfügungsrecht über die Betriebe zurückgegeben wird.“

Als Apologet eines „absoluten Elternrechts als eines persönlichen, naturhaft-begründeten Freiheitsrechts“ gab sich der Zentrums-Abgeordnete Johannes Brockmann in der Schulfrage zu erkennen. Er sang ein Loblied auf die einzügige Volksschule, die er gegen die Versuche der SPD in Schutz nahm, sie als „Zwergschule“ und als nicht leistungsfähigen Schulbetrieb zu diskreditieren.

Der FDP-Abgeordnete Mittelhaue bekannte, „dass ich ein starker und beharrlicher und leidenschaftlicher Verfechter und Vertreter der Gemeinschaftsschule bin und immer bleiben werde“. Der Abgeordnete fügte hinzu, dass er diese Schule als „Christliche Gemeinschaftsschule“ verstehe, „in der christlicher Geist ohne irgendwelche Trübungen und Beeinträchtigungen gestaltet und in die Seele des Kindes hineingelegt werden kann“.

Ohne Verständnis für die einklassige Schule (das gehe nur, wenn jeder Lehrer „ein Pestalozzi wäre“) als geordnetem Schulbetrieb zeigte sich die SPD: „Das ist vielleicht ein Mangel unseres Intellekts“, meinte ihr Sprecher Severing. Klar bezog sein Fraktionskollege Fritz Henßler Stellung. Er stellte „mit aller Eindringlichkeit“ fest: „Wenn Sie versuchen, die einklassige Schule als Verpflichtung in der Verfassung zu verankern, wo mehrklassige sein könnten, wenn Sie versuchen, der politischen Einheit ein gebührendes Mitwir-

kungsrecht an den Schulen zu verweigern, dann steht unser ‚Nein‘ zu diesen Beschlüssen fest.“

Streit gab es auch zur Präambel mit ihrem Gottesbezug. Die Verfassung sei nicht der Ort, um theologische Grundsätze an den Mann zu bringen – dies meinte der SPD-Abgeordnete Severing. Anders Georg Jöstingmeier von der CDU: „Der Umstand, dass der Herrgott so ganz zum Schluss, hinter eine Vielzahl von Faktoren, auch noch zum Vorschein kommt, verletzt uns am meisten.“ Darum schlage seine Fraktion die Formulierung vor, dass die Verantwortung vor Gott „Urgrund des Rechts und der staatlichen Ordnung“ sei. Kühl meinte der SPD-Abgeordnete Heinz Kühn, die religiöse Erziehung sei Angelegenheit und Pflicht des Elternhauses und der Kirche. „In der Schule sollte die Wissensvermittlung allem voran stehen.“

Kulturhoheit sei nun einmal die ureigene Domäne der Länder, flocht Kultusministerin Christine Teusch (CDU) ein. Darum solle man der kulturellen Seite das Gesicht geben, „das der, ich möchte fast sagen: einmütigen Willensbildung in unserem Lande, das sich zu über 95 Prozent, sicher zwischen 97 und 98 Prozent zum Christentum bekennt, auch Ausdruck gibt“.

Die mühsamen Beratungen über die Verfassung des Landes stellten Weichen und klärten Mehrheitsverhältnisse. Das sich über Jahre hinziehende zähe Ringen war viel Kampf, manchmal auch

Kampf: Der KPD-Abgeordnete Hugo Paul meinte allen Ernstes, „das werktätige Volk in Westdeutschland stehe dieser Verfassungsmacherei zum Teil apathisch und ablehnend gegenüber“. Für erneute, lebhaftere Zwischenrufe sorgte laut Protokoll sein Vorschlag: „Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik ist auch der Ausgangspunkt für eine wahrhaft demokratische Landesverfassung.“

Am 6. Juni 1950 fand die Schlussabstimmung nach dritter Lesung im Landtag statt. 110 Mitglieder von CDU und Zentrum stimmten für den Entwurf, 97 aus SPD, FDP und KPD dagegen. Am 18.

Juni 1950 sprach der Souverän, die Wählerinnen und Wähler des Landes,

das letzte Wort. 3,62 Millionen sagten Ja, 2,24 versagten ihre Zustimmung. Damit war die Landesverfassung für das Land Nordrhein-Westfalen gebilligt.

Seitdem ist sie 19-mal geändert worden. Das kann man auslegen, wie man will: Knapp 20 Änderungen in 56 Jahren – das zeigt die Güte der Arbeit, die die Väter und Mütter der Verfassung in ihrer Arbeit an den Tag gelegt haben, meinen viele. Noch immer finde sich im Wortlaut der Verfassung der Satz, wonach die Großbetriebe der Grundstoffindustrie in Gemeineigentum zu überführen sind oder dass das Kleingartenwesen zu fördern ist. Für andere sind das Gründe, eine „Modernisierung“ der Verfassung zu verlangen. Aber der Grat ist schmal zwischen Neuerungen, die der Aktualität geschuldet sind, und Festlegungen, die ein gutes halbes Jahrhundert zu überdauern imstande sind.



Zaungäste bei der Eröffnung des ernannten Landtags NRW am 2. Oktober 1946 im Düsseldorfer Opernhaus. Im Hintergrund die zerstörte Kunsthalle. – Links ein Flugblatt der FDP gegen die Landesverfassung vom Juni 1950.

„Wie Katz‘ und Hund“

Nordrhein-Westfalen, nicht das flächenmäßig größte aber bevölkerungsreichste Bundesland, schreibt seit mehr als 50 Jahren Bundesgeschichte. Durch seine Bodenschätze hat sich das Land zum industriellen Herz und zum Energiezentrum der Republik entwickelt. Seine Exportkraft und seine Innovationsbereitschaft sind permanente Aktivposten. Der Wirtschaft steht die Politik nicht nach. Allein vier deutsche Bundespräsidenten stammen von Rhein und Ruhr.

Es gibt weitere Bezüge. Das erste konstruktive Misstrauensvotum der noch jungen Bundesrepublik gab es in NRW. 1956 wurde Ministerpräsident Karl Arnold von der CDU gestürzt und durch den SPD-Mann Fritz Steinhoff ersetzt. Es waren die Liberalen des Landes, die eine vom CDU-Bundeskanzler Adenauer betriebene Änderung des Wahlrechts auf die Barrikaden trieb. Der Bonner Regierungschef zog zwar das Gesetz, das auf Bundesebene das Aus für die FDP bedeutet hätte, zurück, aber das nutzte Arnold nichts mehr. Der mochte zwar mit Recht in der denkwürdigen Landtagsdebatte am 16. Februar 1956 festhalten: „Ich finde keine echten landespolitischen Gründe dafür, dass Sie dieser Regierung das Misstrauen aus-

sprechen wollen.“ So habe er den Eindruck, „dass hier die Schlacht in einem falschen Saal geführt wird“. Man sei hier nicht in Bonn, sondern in Düsseldorf, darauf machte er – vergeblich – den Antragsteller Hermann Kohlhase von der FDP aufmerksam.

Der hatte zuvor an den Beschluss seiner Partei erinnert, „die CDU-Wahlrechtsaktion mit dem Kampfmittel der Koalitionsauflösung zu beantworten“. Dem Ministerpräsidenten, mit dem „wir im bisherigen Teil der Legislaturperiode in einer Zusammenarbeit standen, deren praktische Leistungen wir wahrhaftig nicht verkleinern wollen“, hege man keine Animositäten gegenüber. Aber er müsse sich seitens der Liberalen den Vorwurf gefallen lassen, dass er versäumt habe,



die seit Monaten erkennbaren Absichten seiner Partei zu bekämpfen und zu Fall zu bringen.

Der andere Antragsteller, der Abgeordnete Karl Siemsen von der SPD, präsentierte Arnold eine alte Rechnung. Obwohl in früheren

Kabinetten SPD-Mitglieder ihre Aufgaben als Minister „auf das beste“ erfüllt hätten, seien Sozialdemokraten 1950 aus der Regierung ausgetrieben und durch Arnold auch im Jahr 1954 nicht wieder in die Regierung aufgenommen worden. Siemsen wörtlich: „Sie haben diese Entscheidung damals, Herr Ministerpräsident, wahrscheinlich gegen Ihren eigenen Willen getroffen, gegen Ihre eigene Überzeugung. Sie haben sich dem Wunsche von Bonn gefügt.“ Ihm, Siemsen, komme es nun wie ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit vor, „dass, wenn Sie uns damals aus der Koalition entsprechend dem Wunsche von Bonn herausbugsiert haben, sich jetzt der Wunsch auf Ihre Abberufung auch wieder auf die Verhältnisse in Bonn stützt“.

Der neue Ministerpräsident Fritz Steinhoff regierte dann eine sozialliberale Koalition, die nur zwei Jahre Bestand hatte und nichts an der CDU-Dominanz im Land zu ändern vermochte. So ergriff 1958 wieder ein CDU-Ministerpräsident mit absoluter Mehrheit das Ruder: Franz Meyers regierte acht Jahre lang. Dann war es wieder die FDP im Land, die einem anderen auf den Chefessel verhalf, diesmal Heinz Kühn (SPD), der zusammen mit Willi Weyer (FDP) die zweite sozialliberale Koalition in Düsseldorf schmiedete.

Im Wahlkampf 1966 hatte Meyers orakelt, Nordrhein-Westfalen könne bei einem sozialdemokratischen Wahlsieg sich auf „30 Jahre Schweden“ gefasst machen. Er meinte, die jahrzehntelange Vorherrschaft der Sozialdemokraten in diesem skandinavischen Land könnte die Menschen an Rhein und Ruhr veranlassen, nicht ihm, sondern der SPD ihre Stimme zu geben. Der Rheinländer Meyers hatte Beachtliches in seiner Bilanz vorzuweisen, etwa die Ansiedlung des Opel-Werks gegen den Widerstand der Ruhrbarone und die Gründung der ersten Ruhrgebiets-Universität, beides in Bochum.

Politisch hatte er weniger Fortüne. War es ihm 1958 gelungen, die absolute Mehrheit für seine Partei zu holen, so reichte es 1966 nur noch knapp für die Fortsetzung der Regierung mit der FDP. Andere in der CDU, an der Spitze Fraktionschef Wilhelm Lenz, bevorzugten analog zu Bestrebungen auf Bundesebene ein, wie er glaubte, stabileres Bündnis mit der SPD in Düsseldorf. Die FDP bekam von den dahingehenden Verhandlungen Wind und führte ihrerseits Gespräche mit den Sozialdemokraten.

Ergebnis: Die zweite Koalition unter sozialdemokratischer Führung, diesmal wesentlich dauerhafter als die erste. 1969 folgte mit der Regierung Brandt/Scheel die sozialliberale Koalition auf Bundesebene.

Bei der Landtagswahl 1995 war die Zeit der absoluten Mehrheiten und einer 15-jährigen Alleinregierung für die SPD vorbei. Um am Ruder zu bleiben, musste sie sich einen Koalitionspartner suchen. Das waren, weil die FDP den Sprung in den Landtag knapp verfehlt hatte, die Grünen. Es war für Johannes Rau keine Liebesheirat; ihm wird das Bonmot nachgesagt, er habe „lieber ein Haus im Grünen, als einen Grünen im Haus“. Neben



Gute Zeiten, schlechte Zeiten: Ministerpräsident Steinbrück und sein Vize Vesper

Montage: Schälte

Liebes- gibt es ja auch ein Pflichtgefühl. Und das verlangte, diese Koalition auf ihre Tauglichkeit für die Bundespolitik zu prüfen. Die erste rot-grüne Koalition hatte es zwar in Hessen gegeben und dort hatte ein grüner Minister in Turnschuhen seinen Amtseid geleistet, aber das Labor für den Bund lag wieder in Düsseldorf. Die Bundes-SPD unterstützte mit Blick auf die Bundestagswahl 1998 das Experiment Rot-Grün am Rhein.

In Berlin kam in der Folge nicht nur Freude beim Blick in die Provinz auf. Immer wieder gab es Reibereien zwischen den Koalitionspartnern in Düsseldorf: Garzweiler II, Transrapid, Dortmunder Flughafen, Autobahnspange bei Bochum, Besetzung eines Verwaltungsratspostens bei der WestLB. Auf Rau folgte Clement, auf Clement folgte Steinbrück. Die Namen der Ministerpräsidenten änderten sich, die Schwierigkeiten in der Koalition blieben.

Als ein grüner Abgeordneter zusammen mit der CDU im Verkehrsausschuss des Landtags gegen ein Projekt der Landesregierung stimmte, wurde in der NRW-SPD nicht mehr hinter vorgehaltener Hand, sondern offen vom Ende der rot-grünen Koalition gesprochen. Die Nerven lagen so blank, dass Steinbrück entschlossen schien, nicht mehr unbedingt Rücksicht auf die rot-grüne Bundesregierung unter Schröder/Fischer zu nehmen. In Berlin schrillten die Alarmglocken, die Drähte nach Düsseldorf glühten. Steinbrück kam den Grünen entgegen und Rote und Grüne vertrugen sich wieder. Für den Rest der Regierungszeit verabredeten sie das „Düsseldorfer Signal“.

Offenbar war das Bild dieser Koalition für die Wählerinnen und Wähler nicht so verlockend, als es im Mai 2005 zu neuen Landtagswahlen ging. Diese NRW-Wahl galt als Testwahl für den Bund: Entweder Bestätigung für Rot-Grün – dann könnte Rot-Grün auch in Berlin weiter machen – oder die Abwahl. Was dann? Wäre das Votum des nordrhein-westfälischen Souveräns ein Fingerzeig für die künftigen Machtverhältnisse im Bund? Alle Spekulationen waren Makulatur, als SPD-Parteichef Franz Müntefering am Wahlabend des 22. Mai 2005 unter dem Eindruck der nordrhein-westfälischen Wahl Bundestagsneuwahlen für den Herbst ankündigte. Viele erwarteten nach dem Düsseldorfer Ergebnis eine christlich-liberale Koalition auch für Berlin. Wie bekannt, entzogen sich die deutschen Wählerinnen und

Wähler diesem Kalkül und sorgten für die (zweite) Große Koalition auf Bundesebene.

Im Rückblick lässt sich sagen: Zwischen Düsseldorf und Bonn (später Berlin) kann von einem simplen Kommandoverhältnis von oben (Bund) nach unten (Land) nicht die Rede sein. Die politische Interdependenz ist komplexer. Mal lösen bundespolitische Entwicklungen den Reflex im Land aus, mal ist NRW Labor – mit dem Risiko, dass der Versuch fehlschlägt – für Koalitionen und Entwicklungen, die auf den Bund ausgreifen.

Aber es gibt keine einfachen Gesetzmäßigkeiten. Da erscheint ein viel gebrauchtes geflügeltes Wort wie „Bund und Land, Hand in Hand“ wie Lyrik. Viel zutreffender sei ein anderes Bild, das der Politologe Ulrich von Alemann so formuliert: „Land und Bund – wie Katz’ und Hund“. Auf neue Kapitel in diesem „Bestiarium Politicum“ darf man gespannt sein. JK



Das „Höllengefeuer“ wurde nicht entfacht

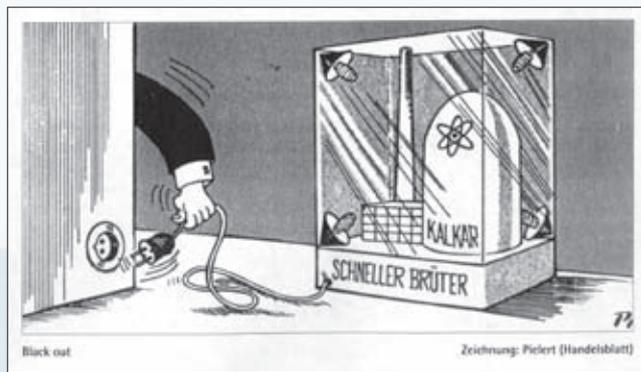
Es war wie das Perpetuum mobile der Energieerzeugung und schien die Lösung aller Versorgungsprobleme zu sein – der SNR 300, der Schnelle Brüter, der ab 1973 unter Federführung der Siemens-Tochter Interatom und unter Beteiligung der Niederlande und Belgiens bei Kalkar am Niederrhein entstand.

Seine Väter sagten ihm nach, dass er mehr Brennstoff produzieren würde als er verbraucht. Die hohen Temperaturen beim Brutvorgang waren nur mithilfe von Tonnen flüssigem Natriums im Zaum zu halten. Dieses flüssige Natrium als Kühlmittel war äußerst aggressiv und stellte hohe Anforderungen an die Leitungen, durch die es floss. Kurz: Die Technologie dieser Brutmaschine war höchst komplex, Plutonium war als hoch radioaktiver Stoff bekannt. Aber die Aussicht, hier die „Energie der Zukunft“ zu gewinnen, bestärkte die Befürworter. Mit Optimismus und dem für die damalige Zeit typischen Fortschrittsglauben ging man davon aus, dass in den Wiesen am Niederrhein alles beherrschbar bleiben würde.

Und so wurden für das gefeierte Jahrhundertprojekt im Lauf der Jahre 3,5 Milliarden Euro – in D-Mark das Doppelte – verbaut (anfangs waren die Baukosten mit 780 Millionen DM angegeben worden). Dieses Geld wurde durch deutsche, niederländische und belgische Forschungsmittel sowie Beiträge deutscher Energieversorgungsunternehmen und Kraftwerksbetreiber aufgebracht. Das Bundesland NRW war an der Finanzierung nicht beteiligt. Aber bei der Regierung des Landes lag die Federführung des atomrechtlichen Verfahrens.

1985 war die Anlage fertig gestellt und betriebsbereit. Ohne dass der Brüter eine Kilowattstunde Strom produzierte, verschlang er in jedem Monat seines Wartestands ungefähr fünf Millionen an Betriebskosten. Um den Brüter herum verstärkte sich der Protest von Atomkraftgegnern und Anwohnern.

Unbeeindruckt vom Widerstand wurde das Genehmigungsverfahren vorangetrieben, es gab schließlich internationale Verträge. Nur ein einziger Tag veränderte die Lage von Grund auf. Am 26. April 1986 explodierte der Reaktor von Tschernobyl und verstrahlte europaweit Menschen, Tiere, Pflanzen, Luft und Boden. Ein Umdenken setzte ein, das Bevölkerung und Politik erfasste.



Wer konnte und wollte da noch die Verantwortung für einen Stoff (Plutonium) übernehmen, der eine Halbwertszeit von 24.000 Jahren hat? Die Kernenergie sei eine Technik, die sich schlechthin kein Versagen leisten könne, meinte der Redner in der Plenardebatte des NRW-Landtags am 4. Juni 1986, wenige Wochen nach Tschernobyl, und fuhr fort: „Dann muss man aber doch die Frage stellen, ob eine Technik, die sich kein Versagen leisten kann, überhaupt verantwortlich ist“. Der Abgeordnete Friedhelm Farthmann, damals Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und zuvor Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, signalisierte mit seinen Worten die Wende der SPD in der (Kern-)Ener-

giepolitik: Ablehnung des SNR 300 und einer Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstoffe: „Das Risiko dabei ist viel zu groß“. Das Atomgesetz des Bundes müsse geändert werden.

Farthmann hatte zuvor als Sozialminister zwölf von insgesamt 16 Teilerrichtungsgenehmigungen ausgesprochen, aber die Frage der endgültigen Betriebsgenehmigung immer offen gehalten. Es kam der Sinneswandel: „Man fasst sich heute an den Kopf“, erklärte er seinerzeit, wenn man die Gründe höre, die Anfang der 70-er Jahre zum Bau des SNR 300 geführt hätten. Nach Störfällen im Natriumkühlsystem gebe es überhaupt keinen vernünftigen Grund mehr, „dieses Höllengefeuer zu entfachen“. So Farthmann vor der Presse nach der Kabinettsitzung in Bielefeld vom 12. Februar 1985. Ein „verheerendes“ Gutachten seines Hauses machte ihm klar, dass der Brüter nie in Betrieb gehen würde.

NRW distanzierte sich vom Projekt ab und setzte den Bund unter Zugzwang, der für immerhin 60 Prozent der Baukosten geradestehen musste. Für die Landesregierung klappte Minister Reimut Jochimsen (SPD), der den SNR 300 als „Irrtum“ ansah, die Akte „Schneller Brüter“ endgültig zu. Gegen sein Nein zur Einlagerung der Brennelemente hätte die Bundesregierung in einem jahrelangen Rechtsstreit klagen können – und damit das Aus für den Kalkar-Brüter nur umso sicherer herbeigeführt. Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) zog die Konsequenz und verzichtete am 21. März 1991 endgültig auf das Vorhaben.

CDU und FDP im Düsseldorfer Landtag kritisierten, die Landesregierung habe „politische Entscheidungen über Recht und Gesetz gestellt“ und den Brüter „tot geprüft“. Die Landesregierung wies das zurück: Es seien allein nach dem Atomgesetz technische Mängel und Risiken für das Verdikt ausschlaggebend gewesen. Mochte die kleinere Oppositionsfraktion FDP auch monieren, dass ein Wort wie „Höllengefeuer“ für eine „solide“ Betrachtungsweise nicht ausreiche, als raffiniert einfaches und einprägsames Schlagwort hatte

es Wirkung erzielt und die öffentliche Erörterung – damit indirekt auch die politische Entscheidung – in die gewünschte Richtung gedrängt.

Die Schlachten um den Schnellen Brüter sind Geschichte. Welche Lehren daraus zu ziehen sind, darüber machen sich heute die Besucher auf dem Gelände des ehemaligen Schnellen Brüters keine Gedanken. Sie amüsieren sich im „Kernwasser-Wunderland“ des Holländers Henny van der Most, der den Komplex Ende 1995 gekauft und die Atomruine zum Freizeitpark umgebaut hat. Vom nicht entfachten „Höllengefeuer“ zum Vergnügungspark an Rheinkilometer 842 – ein ganz spezieller Fall von Konversion, über den die Meinungen geteilt sein dürften. JK



„Wir in Nordrhein-Westfalen“

„Wir in Nordrhein-Westfalen haben viel erreicht. Wir in Nordrhein-Westfalen werden noch viel erreichen. Nordrhein-Westfalen kommt wieder. Dessen bin ich mir ganz sicher“. Mit diesen Worten beendete am 13. Juli 2005 der frisch gewählte Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) seine Regierungserklärung vor dem Landtag.

Wir in Nordrhein-Westfalen“ – diese Floskel kam vielen bekannt vor. Kein Wunder, denn sie ist 20 Jahre alt. Am 10. Juni 1985 hatte sie in seiner Regierungserklärung der damalige Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gehämmert. Er sagte: „Wir in Nordrhein-Westfalen wissen: Wir leben in einem schönen und starken Land. Wir sind fast 17 Millionen Menschen. Unsere Herkunft ist unterschiedlich, unsere Zukunft ist gemeinsam. Wir leben gerne hier. Vielfalt ist unsere Stärke. Wir sind stolz auf unsere Heimat.“ Die vier Worte verwendete Rau in dieser Rede nicht weniger als sechsmal. Wie ein roter Faden zogen sie sich durch seine Regierungserklärung.

Es war ein höchst emotionaler Appell. Er fiel auf fruchtbaren Boden: Tausende von Bürgerinnen und Bürgern pappten den von der Staatskanzlei zu einem Aufkleber verarbeiteten Slogan zusammen mit dem Wappenzeichen stolz an die Kofferraumklappen ihrer Autos. Davon waren nicht alle im Lande begeistert. Die Opposition zum Beispiel sah in Raus Sentenz eine seiner typischen Verharmlosungen und Versuche, die allfälligen Konflikte und Probleme des Landes mit der Soße der Harmonie zu überzuckern. Mit einem Wort: Bloße Parteipolitik. Zugegeben geschickt erfunden von Raus Berater, dem SPD-Parteimanager Bodo Hombach, und von Rau im Landtagswahlkampf virtuos eingesetzt.

Public Relations für ein Land sei wahrscheinlich aus einer Staatskanzlei „nie wirksam zu organisieren“, befand Ministerpräsident Jürgen Rüttgers vor kurzem in einem Zeitungsinterview. Das belegen mannigfache Versuche, dem nordrhein-westfälischen Landesbewusstsein auf die Beine zu helfen und es ähnlich robust und nach Möglichkeit ebenso anfechtungsfrei werden zu lassen wie das bayerische. Jüngst bei den öffentlichen Feiern zum 60-jährigen Jubiläum des Landes wurde auf dem Burgplatz in Düsseldorf unter viel Tam-Tam eine neue NRW-Hymne aus der Taufe gehoben – sie ist noch kein Hit geworden. Ähnlich erfolglos endete der Vorschlag des CDU-Ministerpräsidenten Franz Meyers in den 1960-er Jahren, eine Landeshymne komponieren zu lassen.

Meyers, den die Suche nach der Identität des Landes umtrieb, probierte es mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen. 1963: Preisausschreiben für einen neuen Namen anstelle der ungeliebten Bezeichnung „Nordrhein-Westfalen“. Ergebnis: Kurios, die Einsender machten Vorschläge wie „Montana“ oder „Sachsofrankonien“. Da war das von den Briten erfundene Nordrhein-Westfalen, Kurzformel NRW, immer noch besser. Projekt Landesorden NRW: Meyers erntete Spott auf breiter Ebene. Das Vorhaben wurde fallen gelassen und erst viel später von Johannes Rau wieder aufgegriffen. Heute ist der Landesorden eine angesehene

und gern genommene Auszeichnung. „Papa Meyers“, wie der populäre Ministerpräsident gern genannt wurde, war doch nicht so erfolglos, wie es den Anschein hatte.

Ein Indiz für den wachsenden Zusammenhalt im Land ist nicht zuletzt, dass sich zu dieser Zeit nach zähem Ringen die beiden getrennten und in herzlicher Animosität zugeneigten Landesverbände der NRW-CDU, Rheinland und Westfalen, zum Zusammenschluss durchgerungen haben. „Schuld“ sind aber auch die Medien, etwa die großen Zeitungen im Land und die vielen lokal verbreiteten Blätter. Sie berichten intensiv aus ihrem näheren und weiteren Umfeld. Auch der Rundfunk des Landes, der WDR, ist mit seinen örtlichen Studios, Regionalprogrammen und einer Sendung wie „Westpol“ einer der anerkannten Förderer von NRW-Bewusstsein.

Und wie immer sind in diesem Zusammenhang auch Personen zu nennen, neben Franz Meyers Johannes Rau, über den Ministerpräsident Jürgen Rüttgers urteilt: „Johannes Rau hat uns das Vermächtnis hinterlassen, dass es eines starken ‚Wir-Gefühls‘ bedarf, um gemeinsam Erfolg zu haben. Wenn er in seinen Reden und Ansprachen immer wieder von ‚Wir in Nordrhein-Westfalen‘ sprach, dann war das nicht nur ein Slogan, sondern ein Lebensgefühl. Aus ihm sprachen ruhige Kraft und Selbstvertrauen, nicht Überheblichkeit. Johannes Rau festigte ein Landesbewusstsein, das nicht auf Ausgrenzung setzte, sondern zur Gemeinsamkeit einlud.“

In dieser Tradition sieht sich Rüttgers. Er hat das Landesbewusstsein, nachdem es unter seinen Vorgängern Steinbrück und Clement eher nachrangig behandelt wurde, wieder auf die Agenda gesetzt. Ein Jahr nach seinem Amtsantritt als Ministerpräsident des Landes hatte er Gelegenheit, zusammen mit Landtagspräsi-



dentin Regina van Dinter die Feiern zum 60-jährigen Jubiläum des Landes auszurichten. Ein großer Erfolg, die Bürgerinnen und Bürger des Landes strömten Ende August nach Düsseldorf. Dabei will man es nicht bewenden lassen: Künftig soll jedes Jahr der Geburtstag des Landes begangen werden – reihum im Land, damit sich niemand ausgeschlossen und jeder einbezogen fühlt.

JK

Die Zukunft im Blick

Von Helmut Breuer*

Rheinländer und Westfalen haben den 60. Geburtstag ihres großen Bundeslandes fröhlich gefeiert; Landesregierung und jetzt auch das Landesparlament haben dieses markante Datum feierlich gewürdigt. Doch wie bei Jubiläen dieser Art üblich, weckt das Fest Gedanken an die Zukunft, und die wirft die Frage auf, wie sich Nordrhein-Westfalen in den nächsten Jahrzehnten entwickeln wird.

Der neue CDU-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers sieht sich vor besondere Herausforderungen gestellt: Die dramatische Haushaltslage, die immer noch signifikant hohe Arbeitslosigkeit, das durch die PISA-Studien dokumentierte schwache Schulsystem und das gerade durch die Wahl der ersten drei Elite-Universitäten im Süden Deutschlands sichtbar gewordene niedrigere Niveau der zahlreichen Hochschulen an Rhein und Ruhr sind große Aufgaben für die Zukunft.

Was lag näher, als die vier wichtigsten Politiker des Landes zu bitten, ihre Zukunftsperspektive vorzustellen. Der Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende Jürgen Rüttgers, sein Kabinetts-Stellvertreter und FDP-Landesvorsitzende Andreas Pinkwart, die SPD-Oppositionsführerin Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann, Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, wagen an dieser Stelle einen Blick in die Zukunft.

RÜTTGERS: LAND DER NEUEN CHANCEN

„Wir wollen NRW zum Land der neuen Chancen machen. Unser Ziel ist die Wiederbelebung der sozialen Marktwirtschaft und die Rückbesinnung auf unser Wertefundament, das ihr zugrunde liegt. Deshalb wollen wir gemeinsam die Proportionen wieder zurechtrücken, die aus dem Lot geraten sind. Wir müssen die Wirklichkeit wieder so zur Kenntnis nehmen, wie sie ist. Verteilt werden kann nur das, was vorher erwirtschaftet wird. Das weiß jeder Privatmann. Und auch der Staat muss das wieder beherzigen.“

Deshalb sanieren wir die Landesfinanzen, um neue Spielräume für Investitionen in Infrastrukturen, Innovation und Bildung zu gewinnen. Wir müssen Schulden abbauen und unser Land gleichzeitig für die Zukunft fit machen. Wir haben keinen leichten Weg eingeschlagen. Wir wollen, dass der Landeshaushalt 2010 wieder verfassungsfest ist, das heißt, dass die Summe der Investitionen größer ist als die Neuverschuldung.



Andreas Pinkwart (FDP)

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU)

Aber die Sanierung des Haushaltes ist kein Patentrezept, um Zukunft zu gestalten. Deshalb setzt die Landesregierung gezielte Schwerpunkte: Vor allem in der Wirtschaftspolitik. Wir stehen für die Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft. Wir setzen auf mehr Selbstbestimmung und Selbstverantwortung und schaffen einen verlässlichen Ordnungsrahmen. Daraus folgt zum Beispiel, dass wir Investitionen in Infrastrukturen ermöglichen, die das Industrieland NRW nach vorne bringen. Wir bauen Bürokratie wirksam ab. Zudem konzentrieren wir die Landesförderung stärker als bisher auf Mittelständler, Existenzgründer und Forschung und Entwicklung. Wir sind „Aufsteiger Nr. 1“ in Deutschland. Das sagen nicht wir – das sagen die Wirtschaftsexperten von Ernst & Young, die alle Bundesländer genau unter die Lupe genommen haben.

Ich will ein Land, in dem Kinder alle Chancen haben. Der Schlüssel dazu liegt in der Bildung. Kinder, die heute geboren werden, machen künftig schnellere und bessere Schulabschlüsse. Und sie werden Universitäten und Berufskollegs besuchen, die international ganz vorne mitspielen. Mit einer umfassenden Schulreform schaffen wir in NRW ein modernes Bildungssystem. Dabei setzen wir auf mehr Selbstbestimmung, mehr Leistung und mehr soziale Gerechtigkeit. Im Mittelpunkt steht die bessere individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler. Dazu

gehört dann auch, dass wir zusätzliche Lehrerstellen gegen den Unterrichtsausfall schaffen.

Mit dem Hochschulfreiheitsgesetz und dem Studienbeitragsgesetz geben wir unseren Hochschulen endlich die Möglichkeit, starke Profile in Forschung und Lehre zu entwickeln. Zudem setzen wir uns gemeinsam mit der Wirtschaft für zusätzliche außeruniversitäre Forschungskapazitäten ein, damit NRW Innovationsland Nr. 1 wird.

Wir wollen NRW zu einem kinderfreundlichen Land machen. Die Familien haben einen Anspruch darauf, dass wir ihnen helfen, Kinder und Beruf zu vereinbaren. Und unsere Kinder haben einen Anspruch darauf, dass wir sie so früh wie möglich so gut wie möglich fördern. Deshalb stellen wir in diesem Jahr für Kinder, Jugend und Bildung über eine viertel Milliarde Euro mehr zur Verfügung als noch im vergangenen Jahr. Deshalb schaffen wir ein flächendeckendes Netz von Familienzentren, die Kinderbetreuung, frühkindliche Bildung und Familienberatung bündeln. Und deshalb verstärken wir die frühkindliche Sprachförderung.

In Zeiten gravierender Veränderungen helfen Kunst und Kultur, neue Entwicklungen zu verstehen. Daher setzen wir einen besonderen Schwerpunkt auf die Förderung der Kultur. Denn Kunst und Kultur sind ebenfalls Motoren für die Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft. Sie zeigen, was Menschen durch

ein gemeinsames Ziel und eine gemeinsame Identität erreichen können. Die erfolgreiche Bewerbung Essens und des Ruhrgebiets um die Kulturhauptstadt 2010 ist dafür ein herausragender Beweis.

Gesunde Finanzen, moderne Industrien, bessere Schulen und Universitäten, kinderfreundliche Angebote für Mütter, Väter und Kinder, ein Herz für Kunst und Kultur: Damit machen wir unser schönes Land fit für die Zukunft. Mit neuen Chancen für alle.“

ANDREAS PINKWART: EIN RIESIGER KRAFTAKT

„Das Land Nordrhein-Westfalen steht vor immensen Herausforderungen. Der Landeshaushalt ist nicht verfassungskonform, die Arbeitslosenquote liegt bei über elf Prozent, die Pisa-Studie attestiert den Kindern schlechtere Bildungschancen als andernorts, wir haben zwar die dichteste, aber leider – Stichwort Exzellenzinitiative – noch lange nicht die beste Hochschullandschaft, Schlüsseltechnologien und zukunftssträchtige Forschungsbereiche wurden jahrelang aus ideologischen Motiven ausgebremst. Besonders dramatisch: Bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung (F+E) liegt Nordrhein-Westfalen nicht nur weit hinter dem Lissabon-Ziel von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, sondern auch mit großem Abstand hinter dem Bundesdurchschnitt. Bund und Land haben hier in NRW in den vergangenen Jahren genau die gleiche Summe in die Subventionierung der Steinkohle investiert wie in Forschung und Entwicklung.“

Dem gegenüber steht ein enormes Potenzial: NRW stünde als eigenes Land auf Platz 14 der wirtschaftsstärksten Staaten in der Welt, jeder vierte Student in Deutschland wird an unseren Hochschulen ausgebildet. Wir haben starke Unternehmen und exzellente Forschungseinrichtungen – nur eben noch nicht genug. Warum ich die Zukunft Nordrhein-Westfalens trotzdem optimistisch beurteile und warum wir als neue Landesregierung große Chancen sehen, unsere ambitionierten Ziele zu erreichen? Weil die Menschen in unserem Land auf einen klaren, zukunftsweisenden Kurs der Politik gewartet haben. Sie wollen den Mentalitätswechsel mittragen, sich beteiligen, ihre neue Gestaltungsfreiheit nutzen und Verantwortung übernehmen.

Zum Beispiel in der Bildungspolitik. Wir brauchen einen grundsätzlichen Mentalitätswechsel. Nicht Mittelmaß darf der Maßstab sein, sondern Wettbewerb und Exzellenz. Das neue Schulgesetz, Studienbeitragsgesetz und Hochschulfreiheitsgesetz werden viel bewirken: Mehr individuelle Förderung für die Schüler, bessere Studienbedingungen, mehr Gestaltungsspielräume und Leistungsanreize für Schulen und Hochschulen. Zum Beispiel in der Innovationspolitik. Unsere Innovationsstrategie folgt einem klaren Grundsatz: Kreativität freisetzen und Kräfte bündeln. Dazu erhöhen wir die Landesmittel für Wissenschaft und Technologie, und wir werben bei Partnern gezielt für die Stärken unseres Landes.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, 2015 Innovationsland Nr. 1 in Deutschland zu sein. Dies können wir erreichen, aber wir werden riesige Anstrengungen unternehmen müssen. Dazu gehört, einen ausgeglichenen Haushalt vorzuweisen, damit wieder Gestaltungsspielräume entstehen. Wir müssen so schnell wie möglich raus aus den Steinkohle-Subventionen und das Geld stattdessen in Forschung und Entwicklung investieren. Wir müssen Bürokratielasten abbauen, ideologische Barrieren in der Energie-, Stammzell- und Genforschung aufgeben. Wir müssen strategisch bedeutende Projekte bei der Verkehrsinfrastruktur vorantreiben, auch in der Flughafenpolitik.

Angesichts der Ausgangslage, die wir nach Jahren der Stillstandspolitik in NRW vorgefunden haben, wird diese Aufholjagd ein riesiger Kraftakt. Wir brauchen einen klaren Kurs, Tatkraft und Begeisterung – und wir brauchen vor allem Partner, die anpacken und gemeinsam etwas bewegen wollen. Die CDU/FDP-Landesregierung hat in ihrem ersten Jahr viele wichtige Weichen gestellt, Unternehmen fassen wieder Vertrauen in den Standort. Menschen finden wieder Rahmenbedingungen, die ermutigen. Die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft kann gelingen – aber Zeit hat unser Land nicht mehr zu verlieren.“

HANELORE KRAFT:
LAND MIT KRAFT UND GEWICHT

„Nordrhein-Westfalen, ein Bundesland mit Kraft und Gewicht: Das industrielle Herz Deutschlands, der wichtigste Wirtschafts-

standort, mit 18 Millionen Einwohnern im Zentrum der EU größer als alle seine Nachbarn, die dichteste Hochschullandschaft Europas. . . Die Liste ließe sich beliebig fortführen. Aber wirklich mit Stolz erfüllt mich, dass die traditionelle Weltoffenheit und Toleranz seiner Menschen Nordrhein-Westfalen in den vergangenen 60 Jahren zu einer sympathischen und dynamischen europäischen Region gemacht haben.

Doch NRW ist auch ein Bundesland, das große Herausforderungen zu meistern hat: Der Strukturwandel, Arbeitslosigkeit, Wandel zur Wissensgesellschaft – es gibt viel zu tun. Deshalb ist es wichtig, nach vorne zu schauen. Mir liegt das „Unternehmen Zukunft NRW“ am Herzen.

Viele Menschen bedrücken Sorgen. Auf der einen Seite ist das Sicherheitsgefühl früherer Jahre auf vielen Ebenen verloren gegangen. Auf der anderen Seite vermittelt die Zukunft vielen Menschen zu wenig Zuversicht. Das schürt Zukunftsängste. Deshalb erwarten die Bürgerinnen und Bürger Orientierung.

Wo soll NRW in 20, 40, 60 Jahren stehen?

Wir müssen dafür arbeiten, dass NRW dann ein Bildungsland ist: Das Wissen in den Köpfen unserer jungen Menschen ist der wichtigste „Rohstoff“ für unsere Zukunft. Chancengerechtigkeit ist deshalb eines der obersten Ziele. Wir können es uns schlicht



Hannelore Kraft (SPD)

nicht leisten, Talente am Wegesrand zurück zu lassen.

Die heute viel zu frühe Aufteilung von Jungen und Mädchen nach der Klasse 4 ist in einigen Jahren längst in die schulpolitische Abstellkammer ausrangiert. Schulische Karriere ist allein Ergebnis persönlicher Leistungsfähigkeit jeden einzelnen Kindes – unabhängig von sozialem Hintergrund und Leistungsfähigkeit des Elternhauses. Die Kinder lernen länger gemeinsam, werden gezielt individuell gefördert. Nachhilfesschulen werden nicht mehr gebraucht. Die in den vergangenen Jahren eingeleiteten Schritte zum Ausbau der Ganztagsbetreuung sind inzwischen umfassend umgesetzt. NRW ist nicht mehr Schlusslicht bei den Krippenplätzen, sondern Spitzenreiter.

Die Wirtschaft hat mit Hilfe des Landes die Fehler der Vergangenheit korrigiert und Ausbildung als Investition in die eigene Zukunft erkannt und angenommen. Die Verbesserung des Bildungssystems hat Früchte getragen. Die Unternehmen konkurrieren um die jungen Menschen als ihr Zukunftskapital schlechthin. Ausbildungslücke ist ein Unwort früherer Zeiten.

Wir in NRW vergeuden kein Talent. Im Gegenteil, die besten jungen Wissenschaftler aus aller Welt machen NRW zusammen mit exzellenten Hochschulen und international bedeutenden Forschungseinrichtungen zu einer Region mit weltweit beachteten Spitzenleistungen in Zukunftsfeldern der Entwicklung und Forschung. Die Wirtschaft hat dieses innovative Umfeld für sich entdeckt und verstärkt die Forschungsleistungen mit überdurchschnittlichen eigenen Investitionen in diesen Bereich.

Die Folgen einer konsequent auf Familie und Kinder ausgerichteten Politik sind für das Land erfreulich: Die Anfang des Jahrhunderts noch stark sinkende Geburtenquote steigt wieder deutlich an.

Essen als Kulturhauptstadt Europas 2010 hat seine Strahlkraft entfaltet. Das Ruhrgebiet wird als international bedeutsame, lebendige Kulturregion wahrgenommen. Insgesamt hat NRW einen guten Namen in der globalen Kulturszene.

Zu guter Letzt noch mein Wunsch als sportbegeisterte Bürgerin: Das Jahr 2006 hat der internationalen Sportwelt gezeigt, dass NRW ein hervorragender Gastgeber gewesen ist. Die fantastischen Fans haben ihren Beitrag

dazu geleistet. So gibt NRW auch im Sport den Ton unter den Bundesländern an – als Gastgeber Olympischer Spiele.“

SYLVIA LÖHRMANN: DIE ZUKUNFT IST GRÜN

„NRW ist ein tolles, attraktives und grünes Land. Die Grünen sind die Garanten dafür, dass das so bleibt. Mit diesem Selbstbewusstsein stellen wir uns den entscheidenden Zukunftsfeldern: Demographischer Wandel, Globalisierung, Übergang zur Wissensgesellschaft sowie die drohende Klimakatastrophe und die Ressourcenverknappung. In all diesen Feldern braucht unser Land Lösungsansätze mit dem sich durchziehenden grünen Faden der Nachhaltigkeit.“

Es kommt darauf an, den sozialen Zusammenhalt zu stärken: In der Gesellschaft, innerhalb einer Generation und zwischen Generationen, zwischen den Metropolen und den ländlichen Regionen, zwischen alten Mehrheiten und neuen Minderheiten. Wir müssen alles dafür tun, die natürlichen Lebensgrundlagen für unsere Kinder und Kindeskiner zu schützen.

Die Globalisierung löst Ängste aus. Umso dringlicher benötigen wir weiterentwickelte soziale Schutzmechanismen und neues wirtschaftliches Denken. Dazu braucht es Identität stiftende Visionen und ein nachhaltig wirksames, langfristig angelegtes Konzept. Grüne Marktwirtschaft verbindet Solidarität mit Zukunftschancen in innovativen Technologie- und Wirtschaftsfeldern. Grüne Marktwirtschaft ist soziale Marktwirtschaft plus Nachhaltigkeit und plus Innovation.

Das grüne Kernthema bleibt die Ökologie. Gesundes Essen, weniger Staub und Lärm, mehr Verbraucherrechte: Essentials, für die wir neue Zustimmung gewinnen wollen.

Angesichts des dramatischen weltweiten Klimawandels steht derzeit gerade für unser Energieland NRW die Energiepolitik im Fokus. Wir müssen weg vom Öl – im Sinne einer volkswirtschaftlichen Gesamtstrategie. Das ist unabdingbar mit Blick auf die kommenden Generationen und mit Blick auf den weltweiten Energiebedarf und die Energiepreise. Diese Strategie – „weg vom Öl“, hin zu erneuerbaren Energien – löst eine neue wirtschaftliche Entwicklung aus mit einem enormen Potenzial an



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

zukunftsfähigen Arbeitsplätzen. Dazu gehört auch der Ausstieg aus den Milliardensubventionen für die Kohle. Es gibt Wichtigeres, wofür das Land Geld ausgeben muss: Kinder statt Kohle.

Der Dauerbrenner PISA legt immer wieder den Finger in die offene Wunde: NRW schafft es nicht, die Bildungspotenziale seiner Menschen zu entwickeln. Der Zugang für alle Kinder und Jugendlichen zu einer qualifizierten Bildung ist die wichtigste Ressource der Zukunft. Bessere Leistungen in der Spitze wie in der Breite, darauf kommt es an. Das kann nur gelingen, wenn Vielfalt und individuelle Förderung zusammen kommen, und nicht, wenn Kinder schon mit neun bis zehn Jahren in „Schulform-Schubladen“ gesteckt werden. Nur Menschen mit guter Bildung und dem Willen zur Leistung können auf ein hohes Einkommen hoffen – nur ein Land mit sehr gut qualifizierter Bevölkerung und dem politischen Willen zur Spitze kann auf Dauer seinen Menschen ein gutes Auskommen sichern! Nur wenn auch den Migrantinnen und Migranten eine sehr gute Bildung ermöglicht wird, kann die Integration weiter Teile der Bevölkerung gelingen.“ ■

*Helmut Breuer (67) war langjähriger Korrespondent der Tageszeitung DIE WELT in Düsseldorf und arbeitet jetzt als Autor der Zeitung.



LANDTAG  INTERN
INFORMATIONEN AUS DEM LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

***Herausgeberin der Sonderausgabe
zum Landtagsjubiläum:***

*Landtagspräsidentin Regina van Dinter
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf*

Texte:

*Helmut Breuer
Horst-Werner Hartelt
Jürgen Knepper*

Bilder:

*Bernd Schälte,
Archiv des Landtags,
Wunderland Kalkar*

Satz:

de haar grafikdesign, Köln

Herstellung:

*VVA Vereinigte Verlagsanstalt GmbH
Höherweg 278 40231 Düsseldorf*

*Gedruckt auf umweltschonend hergestelltem,
chlorfrei gebleichten Papier*

Königsweg für „König Kunde“?

Anhörung zur geplanten Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten

Die Fronten waren verhärtet: Bei der Anhörung im Landtag über die von der Landesregierung geplante Neuregelung der Ladenöffnungszeiten trafen zwei Lager aufeinander. Während Befürworter die Neuregelung als längst überfällige, den Wünschen von Handel und Verbrauchern gerecht werdende Lösung lobten, erkannten Gegner - allen voran die Gewerkschaften - darin ein unnötiges, mittelstandsfeindliches und die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer verschlechterndes Vorhaben.

Einigkeit unter den Experten herrschte lediglich in einem Punkt: Der Schutz von Sonn- und Feiertagen dürfe auch künftig nicht gelockert werden. Einzige Ausnahme bildete der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer, Dr. Marian Klepper, der eine völlige Freigabe der Ladenöffnungszeiten auch an Sonn- und Feiertagen forderte.

Vehementer Widerspruch seitens der Kirchen: Das Verbot, Geschäfte an Sonntagen zu öffnen, werde ohnehin durch die „pflaumenweichen Formulierungen“ im Gesetzentwurf quasi ausgehebelt. Rolf Krebs, Evangelischer Kirchenrat, forderte sogar, die Ladenöffnungszeiten an Samstagen auf 18 Uhr zu begrenzen. Nur so ließe sich der Sonntagsschutz tatsächlich gewährleisten. Auch die Freigabe der Ladenöffnungszeiten an den übrigen Werktagen stieß auf Kritik: Dr. Karl-Heinz Vogt, Leiter des Katholischen Büros NRW, sprach von „Kollateralschäden“ für Familien und Handel, die aus sich eine Regelung resultierten.

Auch wenn die Arbeitgeberverbände die Kritik an der Formulierung des Sonn- und Feiertagsschutzes teilten und Nachbesserung forderten, begrüßten sie den Gesetzentwurf insgesamt als Schritt in die richtige Richtung: Die Freigabe der Ladenöffnungszeiten an Werktagen leiste einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit, betonte Dr. Ulrich Biedendorf namens der Industrie- und Handelskammern NRW. Hier von könnten insbesondere auch die klein- und

mittelständischen Unternehmen profitieren, da diese sich Kundenwünschen oftmals schneller und flexibler anpassen könnten, als das bei Großunternehmen der Fall sei.

Die Sprecherin der NRW-Verbraucherschutzzentrale, Brigitte Rittmann-Bauer, machte darauf aufmerksam, dass es sich bei der geplanten Freigabe der Öffnungszeiten um eine Kann- und nicht um eine Mussregelung handele. Es ermögliche den Einzelhändlern, die Öffnungszeiten individuell und bedarfsgerecht auf die Verbraucherinteressen zuzuschneiden. Darüber hinaus sei es jedoch wünschenswert, dass Einzelhändler vor Ort ihre Öffnungszeiten untereinander abstimmen, damit Verbraucher möglichst viele Erledigungen gleichzeitig vornehmen können.

Kritik an dem Gesetzentwurf hagelte es von den Gewerkschaften: Die größten Verlierer der geplanten Neuregelung seien die 410.000 im Einzelhandel beschäftigten Arbeitnehmer – 70 Prozent davon Frauen. Am härtesten werde es alleinerziehende Mütter treffen. Ver.di-Sprecherin Lieselotte Hinz forderte daher eine umfassende Ausweitung arbeitsschutzrechtlicher Regelungen. Das „gravierende Problem“ des Schutzes von Beschäftigten im Einzelhandel vor Raubüberfällen oder Kundenübergriffen werde vom Gesetzgeber bislang vollkommen ignoriert. Dr. Patricia Aden vom FrauenRat NW schlug ergänzend vor, die Erweiterung der Öffnungszeiten überhaupt nur den Unternehmen zu gestatten, in denen ein Betriebsrat besteht.

Deutliche Stimmen gegen eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten waren auch von Seiten der Innung für Uhren, Schmuck und Zeitmesstechnik, dem Handwerkstag NRW sowie von einem Einzelhändler aus Düsseldorf zu vernehmen: Die geplante Neuregelung werde den Konkurrenzdruck im Einzelhandel weiter verstärken. Dies wiederum habe ein Ausbluten der Stadtteil- und Nebenzentren zur Folge. Nutznießer seien hingegen die großen Anbieter und die Einkaufszentren „auf der grünen Wiese“. Demnach gehöre auch „König Kunde“ letztlich zu den Geschädigten.

Ähnlich konträr wie die Argumente der Sachverständigen fiel auch die Auswertung der Anhörung durch die Landtagsfraktionen aus: Während CDU und FDP diese als Zustimmung für die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten werteten, sah sich die Opposition in ihrer Kritik bestätigt, das Ladenöffnungsgesetz sei unsozial sowie mittelstands- und familienfeindlich.

Der Zeitplan für die weiteren Beratungen ist eng gesteckt. Geht es nach dem Willen der schwarz-gelben Landesregierung, soll das Gesetz bereits zu Beginn des Vorweihnachtsgeschäfts Anfang Dezember in Kraft treten. ax

Ladenöffnungsgesetz NRW

Die Landesregierung will die Ladenöffnungszeiten künftig von Montag bis Samstag komplett frei geben. Theoretisch könnten Einzelhändler demnach ihre Geschäfte werktags rund um die Uhr öffnen. Bislang erlaubt das bundesweit gültige Ladenschlussgesetz lediglich Öffnungszeiten zwischen 6 und 20 Uhr. Festhalten möchte die Landesregierung hingegen weiterhin an einem grundsätzlichen Ladenöffnungsverbot an Sonn- und Feiertagen. Gleichzeitig sind im Gesetzestext jedoch Ausnahmen formuliert, wonach der Verkauf bestimmter Waren sowie für bestimmte Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen zugelassen werden soll.

Eine Wiederkehr

... in den Landtag ist es für Ewald Groth (GRÜNE). Der 53-jährige Sonderschullehrer ist zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie gewählt worden. Groth, der schon von 1995 bis 2005 Mitglied des Landtags war, tritt die Nachfolge seines Fraktionskollegen Dr. Michael Vesper an, der im September sein Mandat niedergelegt hatte.

Foto: Schälte



+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Jeder in NRW gemeldete Jugendliche ohne Ausbildungsplatz erhält in den nächsten Tagen Post von den Industrie- und Handelskammern. Damit startet das vom Ausbildungskonsens NRW verabredete Sonderprogramm „Ausbildung 2006“, mit dessen Hilfe ausbildungsfähige und ausbildungswillige Jugendliche noch in diesem Jahr einen Lehrvertrag erhalten sollen. Der **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) diskutierte mit Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) über das einmalig aufgelegte Programm, die Finanzierung im Rahmen der Haushaltskonsolidierung und die Vermeidung von Mitnahmeeffekten durch potenzielle Arbeitgeber. Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales hält ein Merkblatt zur Förderung des Sonderprogramms bereit, mit Angaben zu Antragsvoraussetzungen, Höhe und Art der Förderung sowie weiteren Regularien.

+++

Schick sehen sie aus, die neuen Einsatzfahrzeuge der Polizei in NRW. Doch bei vielen Beamten war die Freude nur von kurzer Dauer. Für den Einsatzbetrieb seien die Fahrzeuge viel zu eng, beklagte die Gewerkschaft der Polizei. Schuld seien einerseits die breiten Mittelkonsolen der Fahrzeuge, andererseits die neuen Sicherheitsholster aus starrem Kunststoff. Vor allem korpulentere Beamte hätten dadurch Probleme beim Anschnallen. Wie in der jüngsten Sitzung des **Innenausschusses** (Vorsitz Winfried Schittges, CDU) berichtet wurde, hat sich das Innenministerium jetzt dieses Problems angenommen: Es hat einen Großteil der Fahrzeuge mit Gurtverlängerungssystemen ausgestattet. Das Problem der breiten Mittelkonsole könne jedoch nicht gelöst werden, da es sich um normale Serienfahrzeuge handle, die nach Ablauf des Leasingvertrags zurückgegeben werden müssen.

+++

Die Meistergründungsprämie wird ab dem kommenden Jahr in ganz Nordrhein-Westfalen einheitlich 5.000 Euro betragen. Dies kündigte Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) jetzt im **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie** (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU) im Rahmen der Haushaltsberatungen an. Die Prämie wird Meisterinnen

und Meistern des nordrhein-westfälischen Handwerks, die sich nach Ablegung der deutschen Meisterprüfung erstmalig selbständig machen, unter bestimmten Voraussetzungen gewährt. Die Unterteilung in Ziel 2-Gebiete mit 10.000 Euro Prämie und 5.000 Euro im übrigen Landesgebiet werde es nicht mehr geben.



Illustration: Peter Flock

Sein Befremden über den geplanten Verkauf eines Hauptwerks aus der Sammlung des Kaiser-Wilhelm-Museums der Stadt Krefeld drückte jetzt der **Kulturausschuss** (Vorsitz Dr. Fritz Behrens, SPD) aus. Dabei handelt es sich um ein Gemälde des französischen Malers Claude Monet. Einstimmig lehnte der Ausschuss den Verkauf von Kunstwerken zugunsten der Sanierung kultureller Einrichtungen ab: „Die Substanz kann nicht für die äußere Hülle verkauft werden“, so Kulturstaatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff. Problematisch sei an diesem Fall besonders, dass das betreffende Kunstwerk durch die Mittel privater Spender erworben wurde und somit den Bürgergeist repräsentiere. Der Ausschuss betonte die kommunale Entscheidungsfreiheit der Stadt, beschloss aber auch, seine ablehnende Haltung in einer fraktionsübergreifenden Äußerung zum Ausdruck zu bringen.

In einer Aktuellen Viertelstunde zum Überholverbot von Lkw und der Erhöhung der Mindestgeschwindigkeit auf 80 km/h erläuterte Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) jetzt im **Ausschuss für Bauen und Verkehr** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) seine Position: Es gehe ihm darum, die Verkehre flüssiger und die Bundesautobahnen sicherer zu machen. Er werde das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Verkehrsministerkonferenz im November setzen. Bodo Wißen (SPD) kritisierte das Vorpreschen des Ministers als „sehr unüberlegt“, da die Umsetzung offen sei und die Ankündigung den Logistik-Standort und die Verkehrssicherheit in NRW gefährde. Heinz Sahnen (CDU) bezeichnete die Kritik der SPD als „mehr als peinlich und in der Sache daneben“. Oskar Burkert (CDU) ergänzte, das Thema sei wichtig und es gebe auch Handlungsbedarf, um Unfälle vermeiden zu helfen. Er verwies dabei auf die positiven Beispiele mit Überholverbots auf der A 4 und der A 61, wodurch die Unfälle deutlich zurückgegangen seien. Auch Horst Becker (GRÜNE) sprach von einem möglichen Instrument, Unfallschwerpunkte zu entschärfen. Dietmar Brockes (FDP) betonte, er verstehe die Aufregung der SPD nicht: Der Minister habe eine wichtige Diskussion auf den Weg gebracht. Das Thema wird den Ausschuss weiter beschäftigen.

+++

Mit den Auswirkungen von Preissteigerungen für Öl und Gas auf Industrie, Kommunen und Haushalte beschäftigt sich die **Enquetekommission I** (Vorsitz Reiner Priggen, GRÜNE) am 27. Oktober im Rahmen einer Expertenanhörung. Ausnahmsweise tagt die Enquetekommission an diesem Tag öffentlich. Sitzungsbeginn ist um 10.30 Uhr im Plenarsaal. Auch der **Innenausschuss** hat für den 8. November, 10.30 Uhr, im SPD-Fraktionssaal eine Anhörung anberaumt. Grundlage der Anhörung ist ein Antrag der GRÜNE-Fraktion mit dem Titel „Ehrenamtliches Engagement in Wohlfahrtspflege, Sport und Kultur, Umwelt- und Naturschutz durch Zweckerträge aus dem ‚Spiel 77‘ wie bisher unmittelbar unterstützen“ (Drs. 14/1988). Zeitgleich veranstaltet der **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** (Vorsitz Edgar Moron, SPD) eine öffentliche Anhörung über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Straffung der Behördenstruktur in NRW (Drs. 14/2574). Die Sitzung findet im CDU-Fraktionssaal statt.

Protest mal anders

So mancher Abgeordnete des Ausschusses für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz rieb sich verwundert die Augen, denn im Sitzungssaal des Landtags fanden sich insgesamt 20 Buchen-Setzlinge auf dem Tisch verteilt. Rund 200 Forstbeamte und Waldbauern aus ganz NRW hatten den Weg nach Düsseldorf angetreten und wollten damit ihren Missmut über die von der Landesregierung geplante Reform der Forstverwaltung zum Ausdruck bringen. Durch die Neueinteilung von Forstbezirken und die Zusammenlegung von Forstämtern fürchteten sie um die Zukunft ihrer Arbeitsplätze. Das Interesse an der Ausschusssitzung war so groß, dass sie per Videotechnik live in einen zweiten Sitzungssaal übertragen wurde, der für Besucher und Medienvertreter bereit gehalten wurde. Foto v. l.: Volker Steinhage, Frank Pechtheyden, Lothar Schnegelsberg, Ausschussvorsitzende Marie-Luise Fasse (CDU) und Bernhard Dierdorf, Landesvorsitzender des Bunds Deutscher Forstleute-NRW. Foto: Schälte



Jura auf dem Weg nach Bologna

NRW-Initiative zur Umstellung des Studiums auf Bachelor und Master

Im Bologna-Prozess dürfe es keine „Inseln“ geben, hat vor kurzem Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) gefordert. Derzeit stellt die Ausbildung der Juristen, wie etwa die der Mediziner, einen weißen Fleck dar auf der Landkarte der flächendeckenden Umstellung des Hochschulstudiums auf Bachelor und Master. Die Ministerin hat sich zum Ziel gesetzt, das so bald wie möglich in ihrem Zuständigkeitsbereich zu ändern.

Seine uneingeschränkte Unterstützung für den Vorstoß von Müller-Piepenkötter bekräftigte Wissenschaftsminister Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP) im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie unter dem Vorsitz von Dr. Stefan Berger (CDU). „Ich freue mich, dass unsere Ministerin als erste gefordert hat, das Thema Bachelor und Master für Juristen anzugehen“, sagte der Minister. „Dadurch bekommt dieser festgefahrene Prozess wieder neue Bewegung.“

Auch die christdemokratische Fraktion wolle Bologna vollständig umgesetzt sehen, und zwar bereits bis 2008, stand ihm Michael Solf (CDU) zur Seite. Die SPD-Regierung habe seinerzeit 2009 angepeilt.

Im dreijährigen Bachelor-Studiengang sollen die allgemeinen Grundlagen vermittelt werden. Die Absolventen seien dann bereits arbeitsmarktfähig und würden sich, auch ohne Staatsexamen, beispielsweise als juristische Berater ihre Nische suchen, ist sich Pinkwart sicher. Das sei eine echte Chance für junge Juristen, die dann so vielseitig einsetzbar sein würden, wie die Wirtschaft es fordere. „Der Arbeitsmarkt ist angespannt, deswegen brauchen wir mehr Flexibilität.“

Nur die Besten werden zum darauf aufbauenden zweijährigen Master zugelassen. Dadurch soll die Zahl der jungen Leute, die in den Anwaltsberuf drängen, reduziert werden. „In vier Semestern wird das Wissen vertieft und je nach individueller Schwerpunktsetzung erweitert.“ Am Ende des insgesamt fünfjährigen Studiums steht das erste Staatsexamen. „Diese Pflichtfachprüfung ist die Voraussetzung für die reglementierten juristischen Berufe.“ Der Minister ist sich sicher, dass dadurch keine Qualitätsverluste auftreten werden.

ERSTE BILANZ

Das Baukasten-System ist bereits Realität in vielen Studiengängen, die von den traditionellen Magister- und Diplomabschlüssen auf Bachelor und Master umgestellt wurden. Anfang des Jahres hatte der Landtag eine Bilanz gezogen und Sachverständige angehört. Das Ergebnis war damals durchwachsen ausgefallen. Die kritischsten Worte hatte der Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz der Universitäten, Professor Volker Ronge, geäußert. Für ihn war der Prozess ein „falscher Weg“, weil durch

die Schwerpunktlegung auf die Berufsqualifikation der Wissenschaftscharakter der Universität grundlegend aufgeweicht werde.

Unter den Studenten selber ging die Befürchtung um, dass der Bachelor-Abschluss zum „politisch gewollten Regelabschluss“ werde. „Damit nimmt man vielen Studierenden die Möglichkeit zu einer wissenschaftlichen Weiterbildung“, hatte Daniel Houben von der Landesarbeitsgemeinschaft der Allgemeinen Studenten-Ausschüsse bei der Anhörung vorausgesagt.

Politiker aller Fraktionen erhoffen sich allerdings kürzere Studienzeiten und internationale Vergleichbarkeit der Abschlüsse, und sind der Meinung, dass die Vorteile schwerer wägen als die Nachteile.

„Wir begrüßen die neue Initiative der Ministerin“, sagte Dr. Ruth Seidl (GRÜNE). „Es gilt zu hoffen, dass man sich anschließend auch der Umstellung der Lehrerausbildung annimmt.“ Bis aber die ersten Juristen auf Bachelor und Master studieren könnten, müssten noch viele Fragen geklärt werden, blieb Professor Dr. Gerd Bollermann (SPD) skeptisch. Bevor die Landesregierung mehr Tempo fordere, solle sie lieber erst einmal gründlich vor der eigenen Tür kehren. „Wo sind die Schnittstellen zwischen der Fachhochschule für Rechtspfleger und dem Jurastudium?“ Darüber müsse man sich schnell Gedanken machen.

Die Justizministerkonferenz habe sich im letzten Jahr noch gegen konsekutive Studiengänge ausgesprochen, berichtete Christian Lindner (FDP). „Lassen Sie uns gemeinsam darauf hin wirken, dass diese neue Position von Müller-Piepenkötter bundesweite Zustimmung erfährt“, appellierte Lindner an die anderen Fraktionen.

„Durch die mutige Initiative unserer Ministerin sind die anderen Bundesländer jetzt in Zugzwang geraten und werden Stellung beziehen“, prophezeite Minister Pinkwart. YV

CDU

Nordrhein-Westfalen feiert 60. Geburtstag

Unser Land hat eine ereignisreiche und bewegte Geschichte. „Beginn und Aufstieg von Nordrhein-Westfalen haben die CDU und ihre Ministerpräsidenten Karl Arnold und Franz Meyers entscheidend geprägt. Aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs formten sie die Grundlagen für die Entwicklung unseres Landes. Nordrhein-Westfalen war Schwungrad, war Schmiede für das Wirtschaftswunder in Deutschland, war ‚Kreißaal‘ des ‚Rheinischen Kapitalismus‘, damit für Freiheit, Demokratie und Wohlstand“, sagte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Helmut Stahl.



Heute knüpft die Koalition der Erneuerung unter Ministerpräsident Jürgen Rüttgers an diese guten Traditionen an. Stahl: „Mit wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit wollen wir für Nordrhein-Westfalen wieder eine ‚Pole-Position‘ erarbeiten – in Wirtschaft und Beschäftigungsdynamik, in Bildung und Wissenschaft. Mehr Freiheit für Schulen und Hochschulen, Investitionen in die Herzen und Köpfe von jungen Menschen, Schulden abbauen, den Menschen vertrauen und Bürokratie abbauen – das gibt Nordrhein-Westfalen Schubkraft in eine gute Zukunft. Klar ist: Der Weg, der vor uns liegt, ist noch lang und beschwerlich. Wir nehmen diese Herausforderung an. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern werden wir Nordrhein-Westfalen wieder an die Spitze Deutschlands führen.“

GRÜNE

NRWs Zukunft ist grün!

Demografischer Wandel, Globalisierung, drohende Klimakatastrophe, Ressourcenverknappung und Übergang zur Wissensgesellschaft: Das sind die entscheidenden Herausforderungen der Zukunft. Dafür braucht NRW Lösungsansätze mit einem grünen Faden der Nachhaltigkeit.

1. Wir müssen den sozialen Zusammenhalt stärken: in der Gesellschaft, innerhalb und zwischen den Generationen, zwischen den Metropolen und den ländlichen Regionen, zwischen alten Mehrheiten und neuen Minderheiten.

2. Die Globalisierung löst Ängste aus. Umso mehr brauchen wir weiterentwickelte soziale Schutzmechanismen und neues wirtschaftliches Denken. Dazu braucht es Identität stiftende Visionen und ein nachhaltig wirksames, langfristig angelegtes Konzept.

3. Grünes Kernthema bleibt die Ökologie. Gesundes Essen, weniger Staub und Lärm, mehr Verbraucherrechte: Essentials, für die wir neue Zustimmung gewinnen wollen.

4. Angesichts des dramatischen Klimawandels müssen wir „Weg vom Öl“ - im Sinne einer volkswirtschaftlichen Gesamtstrategie. Das ist unabdingbar mit Blick auf die kommenden Generationen, auf den weltweiten Energiebedarf und auf die Energiepreise.

5. Weiteres Grünes Kernthema ist Bildung. Der Zugang für alle zu einer qualifizierten Bildung ist die wichtigste Ressource der Zukunft. Für bessere Leistungen in der Spitze wie in der Breite müssen wir Vielfalt und individuelle Förderung zusammen bringen. Kinder dürfen nicht schon mit neun bis zehn Jahren in „Schulform-Schubladen“ gesteckt werden. Gute Bildung für alle ist auch Voraussetzung für Integration.

Nachhaltigkeit als grüner Faden in allen Zukunftsfeldern, das ist grüne Politik für ein grünes NRW.

SPD

SPD-Abgeordnete wählen Fraktionsspitze

Die SPD-Landtagsfraktion hat ihre Vorsitzende Hannelore Kraft im Amt bestätigt. Die 45-jährige Mülheimerin wurde Ende September mit einer Zustimmung von 92 Prozent bis zum Ende der Legislaturperiode 2010 wiedergewählt. Als stellvertretende Vorsitzende neu in den Vorstand gewählt wurden die Essener Abgeordnete Britta Altenkamp sowie der wirtschaftspolitische Experte der Fraktion, Norbert Römer. Die 74 SPD-Abgeordneten bestätigten als Stellvertreter Marc Jan Eumann, Ralf Jäger, Ute Schäfer, Rainer Schmeltzer sowie Gisela Walsken. Wiedergewählt wurde zudem Fraktionsgeschäftsführerin Carina Gödecke. Aus dem Fraktionsvorstand ausgeschieden sind Birgit Fischer und Axel Horstmann, die in die Wirtschaft wechseln.



FDP

FDP: Mitgestalter und Impulsgeber

Seit 1946, seit der Gründung unseres Landes, hat die FDP die Geschichte Nordrhein-Westfalens mit gestalten können. Die FDP-Landtagsfraktion versteht sich als Impulsgeber für das Land. Und gemeinsam mit dem Koalitionspartner CDU sind daher in nur eineinhalb Jahren zentrale Reformvorhaben auf den Weg gebracht oder bereits realisiert worden. Zu den wichtigsten Neuerungen zählen das Schul-, und das Hochschulfreiheitsgesetz, aber auch der konsequente Abbau überflüssiger Bürokratie und über Jahrzehnte aufgeblähter Verwaltungsstrukturen.

Ein besonderer Erfolg für die Liberalen in Nordrhein-Westfalen ist, dass das Ende des Steinkohlebergbaus besiegelt und bereits in den nächsten Monaten erreichbar ist. Für die FDP-Fraktion bedeutet der Ausstieg aus dem Subventionsbergbau gleichzeitig der Einstieg in die Erneuerung des Ruhrgebiets. Die FDP wird dafür sorgen, dass in NRW keine weiteren Milliarden für sinnlose Subventionen bewilligt werden. Stattdessen muss das Geld in Bildung, Forschung und Innovation investiert werden. Nur so entstehen Arbeitsplätze.

Ein ehrgeiziges, aber zentrales Anliegen der FDP-Fraktion ist es, die Sanierung der von Rot-Grün zerrütteten Landesfinanzen entschieden voranzutreiben und bereits 2012 einen ausgeglichenen Landeshaushalt vorzulegen. Trotz des konsequenten Sanierungskurses achtet die FDP darauf, dass sich marktwirtschaftliche Erneuerung und soziale Sensibilität nicht ausschließen. Die bislang vorgelegten Haushalte stellen das unter Beweis.

Die FDP sorgt beharrlich dafür, dass die Modernisierung des Landes zügig vorankommt, um NRW wieder in die Spitzengruppe der Bundesländer zu bringen.

Porträt der Woche: Hendrik Wüst (CDU)

Papst, Bäcker, Lokomotivführer, Rechtsanwalt und Förster – die Liste der verworfenen Lebensentwürfe von Hendrik Wüst ist lang und illuster. Dafür, dass das Ziel Berufspolitiker erst ganz am Ende dieser Reihe stand, hat der jüngste CDU-Landtagsabgeordnete einen veritablen Senkrechtstart hinter sich. Nicht einmal ein Jahr im Düsseldorfer Parlament, berief Jürgen Rüttgers den seinerzeit 30-Jährigen Anfang dieses Jahres zum Generalsekretär der NRW-CDU und damit zu seinem wichtigsten Mann in der Parteizentrale. Die Tatsache, dass der Parteitag, der Wüst jüngst bestätigte, in Münster stattfand, vollendete auch symbolisch einen Kreisschluss.

Denn der vorläufige Höhepunkt der Karriere Wüsts wurde in der Metropole jener Region besiegelt, in der seine familiären Wurzeln liegen und wo er auch heute noch zu Hause ist. Geboren 1975 als jüngstes von drei Kindern im westmünsterländischen Örtchen

Rhede, verliefen Kindheit und Jugend glücklich wie unspektakulär: Der junge Hendrik war ein klassischer „Draußenjunge“ und spielte lieber mit seinen Freunden im Wald als zur Schule zu gehen. Schon früh besaß er einen sehr ausgebildeten Gerechtigkeitsinn. Als beispielsweise die ganze Klasse nachsitzen sollte, obwohl

nur ein Mitschüler mit Murmeln im Unterricht gespielt hatte, protestierte Wüst ebenso wie später als Jugendlicher, als in seiner Schule Kopierkosten eingeführt werden sollten. Dass er sich später für ein Jura-Studium entschied, war die konsequente Fortsetzung dieses roten Fadens.

Das Umfeld für den konkreten Einstieg Wüsts in die Politik bildeten die turbulenten Jahre der europäischen Wendezeit 1989 – 1991. Die Konsequenz, mit der der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl die Initiative ergriff und die Chance auf die deutsche Einheit nutzte, fand der damalige Schüler „überzeugend“ und „imponierend“. Im Sommer 1990 lernte Wüst bei einem Besuch in Neubrandenburg die DDR noch in ihren letzten Zügen kennen, wenig später gehörte er zu den Mitgründern der Jungen Union in seiner Heimatstadt und wurde kurz darauf deren Vorsitzender.

Von nun an stand an jedem Donnerstag Politik auf der Tagesordnung, wurden aktuelle Themen von lokal bis global durchdekliniert und Streitkultur erlernt. Für Wüst ging es rasch aufwärts. Schon bei den folgenden Kommunalwahlen 1994 errang er noch vor dem Abitur ein Stadtratsmandat. Der Aufstieg auf die Landesebene erfolgte 1998 als Schatzmeister der Jungen Union, deren Vorsitz er 2000 übernahm und den er in wenigen Wochen abgibt. Ende der neunziger Jahre gab es auch Wüsts erste Kontakte zu Jürgen Rüttgers, Helmut Linssen und Christa Thoben, die sich seinerzeit einen heftigen Kampf um die Führung der NRW-CDU lieferten – und heute friedlich vereint am Düsseldorfer Kabinetttisch sitzen.

Als Wüst 2002 als Referendar bei einer Unternehmensberatung arbeitet, deren Syndikus und Bevollmächtigter in Berlin er 2004 wird, steht er mit seiner politischen Karriere vor einem Scheideweg, zumal er 2004 bei seiner Kandidatur für das Europaparlament parteiintern unterliegt. Nur wenige Wochen später wird allerdings überraschend sein Heimatlandtagswahlkreis Borken I frei, und diese unerwartete Chance nutzte Wüst.

Zumal er bereits zu diesem Zeitpunkt das Gefühl hatte, „dass wir eine Riesenchance hatten, die Wahl zu gewinnen“. Eine Vorahnung, die nicht trog. Mit einem mit 58,3 Prozent erlangten Direktmandat leistete Wüst am 22. Mai 2005 auch einen überzeugenden persönlichen Beitrag zum CDU-Sieg. Auch in der Fraktion machte er rasch von sich reden: Als neuer Justiziar und als Debattenredner. Ein Umstand, der Rüttgers in der Wahl eines neuen „Generals“ bestärkt haben mag. Denn Wüst gilt als Freund der deutlichen Ansprache: „Es ist gut für die beiden großen Volksparteien, gerade in Zeiten der Großen Koalition, wenn man in klarer Abgrenzung die Unterschiede deutlich macht“, lautet sein Credo. Und zwar nicht nur aus partei-, sondern auch aus staatspolitischen Gründen: „Der wichtigste Beitrag zur Steigerung der Wahlbeteiligung ist, dass klare Alternativen deutlich werden.“

Seine Rolle zwischen Partei- und Koalitionsrason sieht Wüst so: „Ich nehme auf, was an der CDU-Basis läuft. Ich mache mir das aber nicht uneingeschränkt zu Eigen. Mein Job ist auch, die Partei daran zu gewöhnen, dass wir Regierungspartei sind.“ *Autor: Michael Fritsch*



FCL: Na also, geht doch!

Gepeinigt durch zahllose Staus bei der Anfahrt nach Hamm gelang es dem FC Landtag NRW dennoch oder vielleicht auch gerade deshalb, die heimische Prominenten-Mannschaft kalt zu erwischen. Bereits nach sechs Minuten führte der FCL mit 2:0. Norbert Stiens mit platziertem Schuss und Oskar Burkert, der einen von der Hammer Abwehr abgeprallten Ball effektiv in die Maschen donnerte, waren die Torschützen.

Bei sommerlichen Temperaturen fanden die Hammer, die stärker eingeschätzt worden waren, nicht ins Spiel. Die FCL-Defensive stand so sicher, dass sich Torhüter Rene Markgraf bald über Langeweile beklagte. Norbert Stiens, ständig anspielbereit, zog für das Parlamentsteam die Fäden im Mittelfeld und glänzte nicht nur durch zwei weitere Tore, sondern verdiente sich durch das Freispielen seiner Mitspieler weitere Scorer-Punkte. Wer-

ner Mayer, Hubert Kleff und Bernhard Tenhumberg profitierten davon.

Letzterer, in der ersten Hälfte noch eine schwer zu überwindende Barriere in der FCL-Abwehr, schaltete sich nun zunehmend in die Angriffsleistungen ein. Mit einem spektakulären Hechtsprung verwandelte er schließlich per Kopf eine gefühlvolle Flanke zum 7:0. Danach ließ es der FCL etwas geruhsamer bis leichtsinniger angehen. Die Hammer Promis kamen etwas auf, erarbeiteten sich Chancen, trafen zwei Mal das Gestänge und schließlich mit einem sehenswerten Schuss auch ins Tor. Endergebnis 7:1 für den FC Landtag. Der erste Sieg im Jahr 2006.



Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinker, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Jürgen Knepper (Chefredakteur), Axel Bäumer (Redakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion)

Weitere Mitarbeiterin: Doro Dietsch
Telefon (0211) 884-2304, 884-2545, 884-2309 und 884-2450
Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin.
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz:
de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:
VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtagintern.de
LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 30. Oktober bis 15. November 2006

30.10. Horst Ellinghaus (CDU)	58
3.11. Hubertus Kramer (SPD)	47
4.11. Thomas Eiskirch (SPD)	36
5.11. Reinhard Jung (SPD)	54
8.11. Andrea Asch (GRÜNE)	47
15.11. Gerhard Lorth (CDU)	62

Thomas Kemper (54), ehemaliger NRW-Regierungssprecher und Staatssekretär für Medien, wird neuer Leiter der Hauptabteilung „Unternehmenskommunikation und Energiepolitik“ bei den Düsseldorfer Stadtwerken. Sein Nachfolger in der Düsseldorfer Staatskanzlei ist der 45-jährige Jurist **Andreas Krautscheid**.

Ulrich Schmidt (SPD), Landtagsabgeordneter von 1975 bis 2005 und Präsident des NRW-Landtags von 1995 bis 2005, ist als Vizepräsident in das Präsidium des Sozialverbands VdK Deutschland gewählt worden. Auf Landesebene ist Schmidt inzwischen zum Vorsitzenden des VdK-Landesverbands NRW gewählt worden.

Martin Börschel (SPD) ist von der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln einstimmig als ihr Vorsitzender bestätigt worden. Börschel ist Mitglied des Haushalts- und Finanzausschusses sowie des Ausschusses für Kommunalpolitik und leitet den Unterausschuss „Personal“.

Dr. Nicola Haderlein ist neues stellvertretendes Wahlmitglied des Verfassungsgerichtshofs für das Land NRW. Nach ihrer geheimen Wahl durch den Landtag wurde sie von Landtagspräsidentin Regina van Dinther beglückwünscht und auf ihr Amt vereidigt.

Dr. Dr. Robert Lehr (CDU), ehemaliger Präsident des Landtags NRW und früherer Bundesminister, verstarb vor 50 Jahren im Alter von 73 Jahren in Düsseldorf. Der in Celle geborene Jurist zählte 1945 zu den Mitbegründern der CDU und war von Oktober 1945 bis August 1946 Oberpräsident der Provinz Nordrhein. Von 1946 bis 1950 war Lehr Mitglied des Landtags. In dieser Zeit bekleidete er von Dezember 1946 bis April 1947 das Präsidentenamt. Später wurde Lehr Mitglied des Deutschen Bundestags (1949 bis 1953) und Bundesminister des Inneren (1950 bis 1953).

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 26. Oktober 2006 ein: Bereits um 8.30 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03. Das Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant muss diesmal ausfallen.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



„Ausgesprochen erfolgreich“

...so bezeichnete Landtagspräsidentin Regina van Dinther (r.) die Bilanz von 20 Jahren Nordrhein-Westfalen-Stiftung. Die Stiftung nach dem Vorbild des National Trust in Großbritannien setzt sich für Naturschutz und Kulturpflege ein. Die Präsidentin weiter: Mit Herz und Sachverstand engagierten sich viele Menschen für die Naturschönheiten und die kulturellen Schätze des Landes. Mit 200 Millionen Euro seien seither über 1.500 Maßnahmen gefördert worden. Nachzublätern ist das alles in einer Fachpublikation mit 400 Farbfotos aus Natur und Kultur. Die abgebildeten Landschaften, Denkmäler und Museen zeigten „ein liebenswertes Bild unseres wunderschönen Landes“. Links der Präsident der Stiftung, Franz-Josef Kniola. Foto: Schälte